

# GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PROGNOSE der OeNB für Österreich 2020 bis 2022

COVID-19-bedingte Rezession stellt größte wirtschafts-  
politische Herausforderung in der zweiten Republik dar



# COVID-19-bedingte Rezession stellt größte wirtschaftspolitische Herausforderung in der zweiten Republik dar

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2020 bis 2022 vom Juni 2020

Gerhard Fenz, Christian Ragacs, Martin Schneider und Klaus Vondra<sup>1</sup>  
Redaktionsschluss: 28. Mai 2020

## 1 Zusammenfassung

Die zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen führen 2020 sowohl weltweit als auch in Österreich zu einer tiefen Rezession. In der ersten Jahreshälfte wird die Wirtschaftsleistung in Österreich um rund 13½ % einbrechen. Bereits für das zweite Halbjahr 2020 wird aber ein deutlicher Aufholeffekt erwartet. Der Prognose liegen zwei wesentliche Annahmen zugrunde: Es kommt zu keiner zweiten Infektionswelle im Herbst, und Mitte 2021 steht eine medizinische Lösung (Medikament oder Impfung) zur Verfügung. Basierend auf diesen Annahmen erwartet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) für die heimische Wirtschaft einen Rückgang des realen BIP im Ausmaß von 7,2 % im heurigen Jahr. Die Jahre 2021 und 2022 werden von einem teilweisen Aufholprozess gekennzeichnet sein, der zu einem Wachstum von 4,9 % bzw. 2,7 % führen wird. Das Niveau des realen BIP wird aber erst wieder im Jahr 2022 jenem vor Ausbruch der Pandemie entsprechen. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition steigt 2020 auf 6,8 %; im Jahr 2022 wird sie bis auf 5,3 % zurückgehen. Die HVPI-Inflation wird im Jahr 2020 auf 0,8 % sinken, im Jahr 2021 auf diesem Niveau verharren und sich erst im Jahr 2022 wieder auf 1,5 % beschleunigen. Das gesamtstaatliche Defizit (Maastricht) wird aufgrund der umfangreichen, vorübergehenden fiskalischen Maßnahmen und der Wirkung der automatischen Stabilisatoren im Jahr 2020 auf 8,9 % des BIP steigen und sich bis 2022 wieder stark auf 1,5 % des BIP verringern.

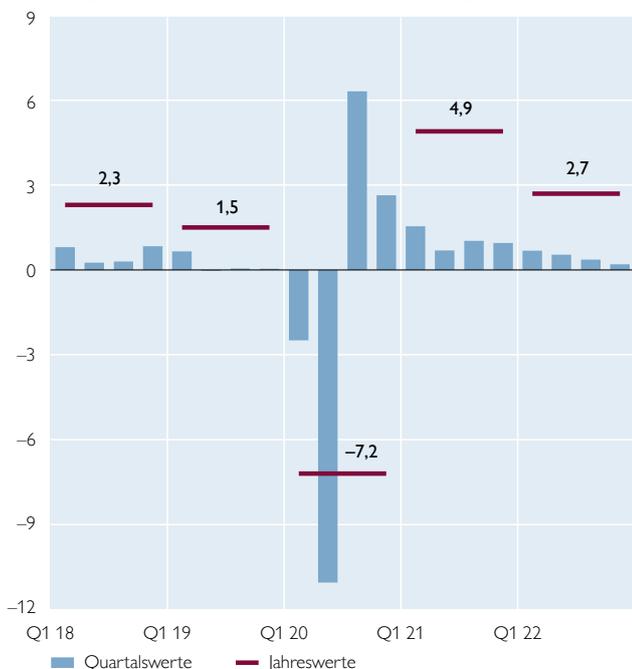
Die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat in der ersten Jahreshälfte 2020 die Wirtschaftsentwicklung weltweit stark beeinträchtigt und teilweise sogar zum Erliegen gebracht. Auch in Österreich wurden Mitte März strenge Containment-Maßnahmen gesetzt, die die wirtschaftliche Aktivität vorübergehend stark reduzierten, verbunden mit Einkommens- und Umsatzverlusten für unselbstständig Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen sowie einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, die durch ein Kurzarbeitsprogramm ungekannten Ausmaßes abgedeckt wurde. Die Wirtschaftsleistung ging bereits im ersten Quartal 2020 um 2,5 % (im Vergleich zum Vorquartal) zurück. Obwohl die Maßnahmen seit 13. April 2020 zunehmend gelockert wurden, wird für das zweite Quartal ein noch deutlicherer Rückgang des BIP um rund 11 % erwartet. Die in der Prognose vorhergesagte Entwicklung im weiteren Verlauf dieses Jahres unterliegt großen Unsicherheiten und beruht auf einer Reihe von Annahmen zur Entwicklung der

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerhard.fenz@oenb.at, christian.ragacs@oenb.at, martin.schneider@oenb.at, klaus.vondra@oenb.at. Unter Mitarbeit von Friedrich Fritzer, Ernst Glatzer, Ernest Gnan, Walpurga Köhler-Töglhofer, Doris Prammer, Beate Resch, Doris Ritzberger-Grünwald und Alfred Stiglbauer.

## Hauptergebnisse der Prognose

### Wachstum des realen BIP (saison- und arbeitstägig bereinigt)

Veränderung zur Vorperiode in % (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Prognose vom Juni 2020.

### Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Veränderung zum Vorjahr in %



### Arbeitslosenquote

in %



Pandemie. Es wird unterstellt, dass Neuinfektionen zwar weiterhin auftreten werden, diese aber soweit unter Kontrolle gehalten werden, dass es zu keinem neuerlichen großflächigen Ausbruch kommen wird. Es werden daher weiterhin ad hoc strenge, wenn auch regional begrenzte Containment-Maßnahmen gesetzt, die die Angebots- und Nachfrageseite belasten. Eine medizinische Lösung (Medikament/Impfung), die sich positiv auf das Wirtschaftsvertrauen auswirkt, wird annahmegemäß Mitte 2021 verfügbar sein. Diese zentralen Annahmen für den erwarteten Konjunkturverlauf gelten für die Prognosen aller nationalen Zentralbanken des Eurosystems, auf denen die Erstellung der Euroraumprognose beruht. Die Annahmen zum Verlauf der Pandemie wurden auch der Prognose des internationalen Umfelds zu Grunde gelegt.

Während die Weltwirtschaft ohne den Euroraum in der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 ein geringfügiges Wachstum verzeichnet hatte, wird das BIP dieser Region im Jahr 2020 um 4% schrumpfen. Im Jahr 2021 wird es aufgrund von Aufholprozessen aber zu einer deutlichen Erholung kommen. Für den Welthandel wird ein noch viel stärkerer Rückgang als für das BIP erwartet, da Unterbrechungen der internationalen Produktionsketten und Grenzschießungen die Auswirkungen der sinkenden Nachfrage verstärken. Für die Exportmärkte Österreichs wird für das Jahr 2020 ein Einbruch von 12,7% erwartet, der zu einem Rückgang der österreichischen Exporte um 11,6% führen wird. Für die Jahre 2021 und 2022 wird ein Exportwachstum von 6,9% beziehungsweise von 4,7% prognostiziert. Für die Bruttoanlageinvestitionen (-6,7%) und den privaten Konsum (-5,8%) werden im Jahr 2020 ebenfalls starke Rückgänge erwartet. Dies ist für die sehr konjunktur-

abhängigen Investitionen nicht verwunderlich. Historisch betrachtet wirkte der Konsum in „normalen“ Krisenperioden über das Entsparen der Haushalte hingegen konjunkturstabilisierend. Aufgrund der gesetzten Lockdown-Maßnahmen, die die Konsummöglichkeiten stark einschränkten bzw. teilweise unterbanden, kam es jedoch – trotz des gleichzeitigen Rückgangs der Einkommen – zu einem deutlichen Anstieg des Sparens im zweiten Quartal 2020. Für die Jahre 2021 und 2022 werden sowohl für die Bruttoanlageinvestitionen als auch den privaten Konsum infolge von Nachholeffekten sowie des verbesserten Wirtschaftsvertrauens überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten erwartet.

Im Gesamtjahr 2020 wird die HVPI-Inflationsrate auf 0,8 % zurückgehen. Hauptgrund hierfür ist der weltweite Einbruch der Nachfrage nach Rohöl, der 2020 nahezu zu einer Halbierung des Ölpreises führen wird. Darüber hinaus wird die HVPI-Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie insbesondere durch den Nachfrageschock gedämpft, wodurch sie im Gesamtjahr 2020 auf 0,8 % sinken wird. Im Jahr 2021 wird es infolge der angenommenen Ölpreisentwicklung zu einem Anstieg der Energiepreise kommen, dessen Effekt auf die HVPI-Inflationsrate allerdings von einer weiterhin schwachen Nachfrage kompensiert werden wird, womit die HVPI-Inflationsrate bei 0,8 % verweilen wird. Erst 2022 wird es zu einem Anstieg auf 1,5 % kommen.

Durch die umfassenden Containment-Maßnahmen zwischen Mitte März und Mitte April stieg die Anzahl der registrierten Arbeitslosen von rund 310 Tsd über 530 Tsd Personen an. Durch die Neuausrichtung der Kurzarbeitsregelung konnte ein noch weit stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Dennoch wird die Arbeitslosenquote im Gesamtjahr 2020 bei im historischen Vergleich hohen 6,8 % liegen (lt. Eurostat Definition). Infolge der deutlichen Konjunkturerholung in den Jahren 2021 und 2022 wird die Arbeitslosenquote auf unter 6 % sinken.

Die COVID-19-bedingte Rezession stellt die größte wirtschaftspolitische Herausforderung in der zweiten Republik, nach dem Kriegsende und den ersten Wiederaufbaujahren, dar. Die substanziellen Maßnahmen durch die Geld-, Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik stützen das gesamtwirtschaftliche Einkommen und die Produktionskapazität und federn die negativen Auswirkungen der Pandemie ab. Die fiskalischen Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung des Konjunkturabschwungs bewirken, dass der Budgetsaldo nach zwei Jahren mit einem Budgetüberschuss im Jahr 2020 deutlich ins Defizit (–8,9 % des BIP) drehen wird. Dabei wurden von der OeNB budgetrelevante Maßnahmen aus den Paketen der Bundesregierung im Ausmaß von über 5 % des BIP berücksichtigt. Das Auslaufen dieser Maßnahmen und die Konjunkturerholung ab 2021 werden im Folgejahr zu einer deutlichen Verbesserung des Defizits auf 3,9 % führen. Bereits 2022 wird das Budgetdefizit mit 1,5 % des BIP wieder deutlich unter die Drei-Prozent-Maastricht-Defizitgrenze sinken. Die Schuldenquote steigt auf 84,4 % des BIP (+14 Prozentpunkte) im Jahr 2020 an. Allerdings wird sie bereits im Jahr 2021 – mit dem Wiedererstarken des BIP-Wachstums – sinken. Die Anwendung der EU-Fiskalregeln ist aufgrund der Aktivierung der „allgemeinen Ausweichklausel“ de facto ausgesetzt. Allerdings würde auch die baldige Wiedereinsetzung der Fiskalregeln Österreich kaum Probleme bereiten. Zumindest die nominellen Maastricht-Ziele, nämlich die Unterschreitung der Drei-Prozent-Defizitgrenze und die hinreichende Rückführung der Schuldenquote, dürften ab 2022 wieder erfüllt zu sein.

Angesichts der Unsicherheit über die Entwicklung der Pandemie und der Auswirkungen der damit verbundenen Containment-Maßnahmen erstellten alle nationalen

Zentralbanken des Euroraums in Abstimmung mit dem Eurosystem zusätzlich zur Prognose zwei alternative Szenarien für das jeweilige Land. In einem Szenario mit einer schnelleren und erfolgreicherem (weltweiten) Eindämmung des Coronavirus (Szenario „mild“) würde das BIP in Österreich in diesem Jahr um 4,6 % sinken und

Tabelle 1

### Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Juni 2020 für Österreich<sup>1</sup>

	2019	2020	2021	2022
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>				
Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Bruttoinlandsprodukt	+1,5	-7,2	+4,9	+2,7
Privater Konsum	+1,3	-5,8	+6,1	+2,6
Öffentlicher Konsum	+0,7	+1,2	+1,6	+0,8
Bruttoanlageinvestitionen	+2,8	-6,7	+4,7	+3,1
Exporte insgesamt	+2,7	-11,6	+6,9	+4,7
Importe insgesamt	+2,7	-8,9	+5,7	+3,7
in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanzsaldo	2,6	1,5	2,2	2,3
<b>Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP<sup>2</sup></b>				
in Prozentpunkten				
Privater Konsum	+0,4	-2,2	+2,2	+1,0
Öffentlicher Konsum	+0,1	+0,2	+0,3	+0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+0,4	-0,8	+0,5	+0,4
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	+0,9	-2,8	+3,0	+1,5
Exporte	+0,7	-3,7	+1,9	+1,3
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	-0,1	-0,3	-0,1	-0,1
<b>Preise</b>				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+1,5	+0,8	+0,8	+1,5
Deflator des privaten Konsums	+1,7	+0,9	+0,8	+1,5
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+1,7	+1,3	+0,1	+1,4
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+2,5	+4,4	-1,3	+0,9
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+2,9	-1,0	+1,6	+2,3
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	+2,9	+3,6	-0,4	+1,2
Importpreise	+0,6	-0,5	+0,5	+1,3
Exportpreise	+0,4	-0,8	+0,6	+1,6
Terms of Trade	-0,2	-0,3	+0,1	+0,3
<b>Einkommen und Sparen</b>				
Real verfügbares Haushaltseinkommen				
	+2,2	-0,4	-0,4	+2,4
in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	8,3	13,4	7,7	7,4
<b>Arbeitsmarkt</b>				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Unselbstständig Beschäftigte	+1,4	-2,2	+2,2	+1,5
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	+1,4	-6,5	+4,3	+2,6
in % des Arbeitskräfteangebots				
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,5	6,8	5,8	5,3
<b>Öffentliche Finanzen</b>				
in % des nominellen BIP				
Budgetsaldo	+0,7	-8,9	-3,9	-1,5
Schuldenstand	70,4	84,4	83,7	81,4

Quelle: 2019: WIFO, Eurostat, Statistik Austria; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

<sup>1</sup> Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt (gemäß Eurostat-Vorgabe, Stand: Schnellschätzung für Q1 20). Die Werte für das Jahr 2019 weichen auch von den von Statistik Austria publizierten, nicht saisonbereinigten Daten ab.

<sup>2</sup> Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

bis zum Ende des Prognosezeitraums 2022 fast auf jenes Niveau zurückkehren, das in der OeNB-Dezemberprognose 2019 erwartet wurde. Im Gegensatz hierzu bewirkt ein ungünstigeres Szenario, bei dem angenommen wird, dass in Österreich eine zweite (aber schwächere) Infektionswelle im Herbst 2020 auftreten wird, einen BIP-Rückgang im Jahr 2020 von 9,2%. In diesem Szenario bleibt das Niveau des BIP auch im Jahr 2022 rund 7% unter jenem der Dezemberprognose.

## 2 Allgemeine und COVID-19-spezifische Prognoseannahmen

Die vorliegende Prognose für die österreichische Gesamtwirtschaft ist der Beitrag der OeNB im Rahmen der Projektionen des Eurosystems vom Juni 2020. Der Prognosehorizont reicht vom ersten Quartal 2020 bis zum vierten Quartal 2022. Die Annahmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft, zu Zinssätzen, Wechselkursen und Rohölpreisen berücksichtigen Entwicklungen bis einschließlich 19. Mai 2020. Die Prognose wurde unter Verwendung des makroökonomischen Quartalsmodells der OeNB, basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemäß Eurostat-Vorgabe<sup>2</sup>, erstellt, die vom WIFO bereitgestellt wurden. Die bis zum Jahr 2019 verwendeten Daten können von den von Statistik Austria publizierten, nicht saisonbereinigten Daten abweichen. Für die Detailergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegt die Schnellschätzung für das erste Quartal 2020 vor.

Angesichts der COVID-19-Pandemie wurden vom Eurosystem gemeinsame Annahmen über die Ausbreitung, die Eindämmung sowie die Verfügbarkeit eines Medikaments bzw. einer Impfung getroffen. Die der Prognose zugrundeliegenden Annahmen gelten für die Prognosen aller nationalen Zentralbanken des Eurosystems. Auf ihnen basieren auch die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung der Handelspartner außerhalb des Euroraums. Es wird angenommen, dass die Eindämmung des Coronavirus im zweiten Quartal 2020 erfolgreich verläuft, dass aber weiterhin regional begrenzte neue Ansteckungscluster auftreten können, die neuerliche, wenn auch regionale Eindämmungsmaßnahmen erfordern werden. Weiters wird angenommen, dass Mitte 2021 ein Medikament oder eine Impfung verfügbar sein wird und dass bis dahin keine zweite Infektionswelle eintritt, die so stark ist, dass es zu einem neuerlichen strikten, landesweiten Lockdown kommen muss.

Die COVID-19-Pandemie führte weltweit in beinahe allen Ländern zu unterschiedlich strengen Lockdown-Maßnahmen, so auch ab März im Euroraum. Bis Ende Mai wurden die strengen Maßnahmen in allen Euroraumländern schrittweise gelockert bzw. Stufenpläne zur weiteren Lockerung verkündet. Die Abschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen erfolgt daher länderspezifisch, es gibt keine gemeinsame Annahme über die Länge oder die Intensität des Lockdowns. Ausgehend von dem sehr niedrigen BIP-Niveau während der Lockdowns – in vielen Ländern vor allem im zweiten Quartal des Jahres – führt bereits die teilweise Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit zu einem starken Aufholleffekt, der in den meisten Ländern im dritten Quartal in den Daten sichtbar

<sup>2</sup> Bis zur OeNB-Prognose vom Dezember 2019 wurden die saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR („Trendzyklus-Komponente“) verwendet. In dieser Zeitreihe war die idiosynkratische Komponente herausgerechnet, wodurch diese Reihe einen im Zeitablauf weitaus glatteren Verlauf aufwies. Da diese Reihe vom WIFO nicht mehr berechnet wird, verwendet die OeNB die saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemäß Eurostat-Vorgabe. Diese Reihe inkludiert die idiosynkratische Komponente, sodass die Verläufe der einzelnen Nachfragekomponenten sowie des BIP volatil sind.

Tabelle 2

### Internationale Rahmenbedingungen der Prognose

	Realisiert	Juni 2020			Revisionen seit Dez. 2019		
	2019	2020	2021	2022	2020	2021	2022
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>							
	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>						
Welt ohne Euroraum	+3,0	-4,0	+6,0	+3,9	-7,1	+2,7	+0,5
USA	+2,3	-6,4	+3,6	+2,1	-8,4	+1,8	+0,4
Japan	+0,7	-5,5	+2,5	+1,1	-5,7	+1,9	+0,6
Asien ohne Japan	+5,3	-1,6	+8,4	+5,5	-6,6	+3,2	+0,2
Lateinamerika	-0,4	-6,5	+4,0	+3,1	-7,8	+2,0	+0,7
Vereinigtes Königreich	+1,4	-8,5	+4,3	+1,8	-9,5	+3,3	+0,8
Neue EU-Mitgliedstaaten <sup>1</sup>	+3,8	-5,2	+4,5	+3,4	-8,6	+1,2	+0,2
Schweiz	+0,9	-6,5	+4,0	+1,7	-7,7	+2,3	-0,2
Euroraum <sup>2</sup>	1,2	-8,7	5,2	3,3	-9,5	3,9	1,9
<b>Welthandel (Importe i. w. S.)</b>							
Welt	+0,7	-12,7	+7,9	+4,5	-14,1	+5,3	+1,6
Welt außerhalb des Euroraums	-0,3	-12,9	+8,0	+4,3	-13,7	+5,6	+1,6
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums (real)	+0,9	-15,1	+7,8	+4,2	-16,1	+5,5	+1,6
Wachstum der österreichischen Exportmärkte (real)	+1,7	-12,7	+6,8	+4,7	-14,6	+4,1	+1,8
<b>Preise</b>							
	<i>absolut</i>						
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	64,0	36,0	37,2	40,7	-23,6	-20,2	-16,1
Drei-Monats-Zinssatz in %	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	+0,0	+0,0	-0,1
Langfristiger Zinssatz in %	0,10	-0,10	0,10	0,20	-0,10	0,10	-0,10
2USD-EUR-Wechselkurs	1,12	1,09	1,08	1,08	-0,01	-0,02	-0,02
Nominell-effektiver Wechselkurs des Euro (Euroraum-Index)	116,7	118,3	118,8	118,8	+2,4	+2,9	+2,9

Quelle: Eurosystem.

<sup>1</sup> Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.

<sup>2</sup> 2019: Eurostat; 2020 bis 2022: Ergebnis der Juni Projektion 2020 des Eurosystems.

werden wird.<sup>3</sup> Die fortgesetzten, wenn auch weniger strikten Containment-Maßnahmen in der Übergangszeit (definiert als die Zeitspanne vom Ende des strengen Lockdowns bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Medikament und/oder eine Impfung vorliegen wird) verursachen jedoch weiterhin eine erhöhte Unsicherheit und dämpfen den wirtschaftlichen Aufholprozess. Daraus folgt, dass das reale BIP der Handelspartner über den gesamten Prognosezeithorizont unter dem Niveau der Dezemberprognose des Eurosystems verbleiben wird. Auch das Potenzialwachstum wird sich – u. a. aufgrund geringerer Investitionstätigkeit, höherer Kapitalabschreibungen und Betriebsschließungen – bis zum Ende des Prognosehorizonts nicht vollständig erholen.

Die weiteren externen Annahmen der Prognose lauten wie folgt: Die Nachfrage nach österreichischen Exporten sinkt aufgrund der globalen Wirtschaftskrise laut der Prognose des Eurosystems im Jahr 2020 um 12,7%. Der für den Prognosehorizont unterstellte kurzfristige Zinssatz basiert auf den Markterwartungen für den Drei-Monats-EURIBOR. Dieser liegt für alle drei Prognosejahre im negativen

<sup>3</sup> Der „Neustart“ der Volkswirtschaften konzentriert sich vor allem auf das verarbeitende Gewerbe und einige Dienstleistungssektoren, während andere Dienstleistungen, z. B. Kunst, Unterhaltung, Hotelwesen und Tourismus, noch länger negativ betroffen sein werden.

Bereich. Die langfristigen Zinssätze orientieren sich an den Markterwartungen für österreichische Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und steigen im Prognosezeitraum von  $-0,15\%$  im ersten Quartal 2020 auf  $+0,28\%$  im vierten Quartal 2022 an. Für die weitere Entwicklung des USD-EUR-Wechselkurses wird von einem konstanten Kurs von 1,08 USD je Euro ausgegangen. Die unterstellte Entwicklung der Rohölpreise orientiert sich an den Terminkursen, die nach dem nachfragebedingten deutlichen Einbruch im ersten Halbjahr 2020 einen leichten Aufwärtstrend aufweisen werden. Nach 64,0 USD je Barrel Brent im Jahr 2019 wird der Preis im Durchschnitt des Jahres 2020 nur 36,0 USD betragen und danach auf 40,7 USD im Jahr 2022 ansteigen. Die Preise für Rohstoffe ohne Energie folgen im Prognosezeithorizont ebenfalls den Terminkursen.

### 3 Ausbreitung von COVID-19 führt zu globaler Rezession

Zu Jahresbeginn 2020 wurde aus der Metropole Wuhan in der Provinz Hubei in China der Ausbruch einer hochansteckenden Krankheit gemeldet: COVID-19 (coronavirus disease 2019). Wie zuvor SARS 2002 (Schwerpunkt ebenso in China/Asien) und MERS 2012 (Schwerpunkt in Saudi-Arabien) handelt es sich beim Erreger um Coronaviren. Am 30. Jänner 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation den internationalen Gesundheitsnotstand, womit alle Staaten aufgerufen wurden, unmittelbare, international koordinierte Maßnahmen gegen eine weitere Verbreitung des Virus zu treffen. China reagierte mit sehr restriktiven Maßnahmen, die sich auf rund 80 % der wirtschaftlichen Aktivität sowie 90 % der chinesischen Exportindustrie erstreckten. Bereits zuvor war die Prognose für das Wirtschaftswachstum Chinas infolge des Handelsstreits mit den USA sowie den strukturellen Umstellungen der Binnenwirtschaft auf unter 6 % für das Jahr 2020 gesenkt worden. Aufgrund des COVID-19-bedingten tiefen Einbruchs im ersten Quartal wird für das Gesamtjahr 2020 eine Stagnation erwartet. 2021 wird aber wieder mit einer starken Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 9 % gerechnet.

Trotz der Versuche das Coronavirus einzudämmen, verbreitete es sich über China hinaus – zuerst in Asien und dann in Europa. Ende Februar verzeichnete Italien einen sprunghaften Anstieg der Infektionszahlen. Damit wurde Europa zum zweiten Brennpunkt der Krise. Norditalien, im speziellen die Regionen Lombardei und Venetien, war von der Pandemie am stärksten betroffen. Die dort verhängten Eindämmungsmaßnahmen folgten den Erfahrungen in China und führten dazu, dass Italien bereits im ersten Quartal 2020 einen deutlichen Einbruch des Wirtschaftswachstums verzeichnete. Aufgrund der vorerst ausbleibenden Eindämmungsmaßnahmen breitete sich das Coronavirus rasch in ganz Europa aus. Durch die im März gesetzten Maßnahmen konnten aber ein noch stärker Anstieg der Infektionszahlen, Überlastungen des Gesundheitssystems und eine noch höhere Anzahl an Todesopfern vermieden werden. Zu den am stärksten betroffenen Ländern zählen neben Italien das Vereinigte Königreich, Spanien und Frankreich. Der in beinahe allen Ländern Europas erfolgte, über mehrere Wochen andauernde, Lockdown der Wirtschaften führt zu einem Einbruch des BIP in allen Volkswirtschaften, der im zweiten Quartal besonders markant sein wird.

Ähnlich wie im Vereinigten Königreich erfolgte die Eindämmung der Pandemie in den USA, wo die COVID-19-Infektionen mit einem Monat Verzögerung auftraten, zuerst nur sehr zögerlich, wodurch die USA zum dritten Brennpunkt der COVID-19 Pandemie wurden. Für die USA wird im Jahr 2020 ein BIP-Rückgang von 6,4 %

erwartet, gefolgt von einem BIP-Anstieg 2021 von 3,6%. Mitte Mai verlagerte sich die Pandemie zunehmend in große Schwellenländer wie Brasilien, Russland und Indien. Auch in diesen Ländern wird somit im zweiten Quartal 2020 ein deutlicher BIP-Rückgang erfolgen.

In Summe führen die Folgen der Eindämmungsmaßnahmen zu einer weltweiten Rezession. In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass das BIP der Weltwirtschaft ohne den Euroraum im Jahr 2020 um 4% abnehmen wird – im Vergleich dazu verzeichnete es während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 ein geringfügiges Wachstum von 0,2%. Sowohl die Industrie- als auch die Schwellenländer werden im Jahr 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung aufweisen, wobei der Rückgang in den Industrieländern wie bereits 2009 erneut stärker ausfallen wird. Für den Welthandel wird ein noch schärferer Einbruch als für das BIP erwartet, da Unterbrechungen der internationalen Produktionsketten und geschlossene Grenzen einen negativen Angebotsschock darstellen, der die Auswirkungen der sinkenden Nachfrage noch verstärken wird. Darüber hinaus reagiert die Entwicklung des Welthandels, insbesondere in Abschwüngen, tendenziell stärker als die Binnennachfrage.

Im Euroraum sind die drei großen Volkswirtschaften Italien, Spanien und Frankreich von der Pandemie am stärksten betroffen und verzeichnen die höchsten wirtschaftlichen Einbußen. Für den Euroraum insgesamt wird für 2020 mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 8,7% gerechnet. Der BIP-Einbruch in Europa (wie auch außerhalb Europas) wäre weitaus stärker ausgefallen, wenn nicht die Regierungen umfangreiche fiskalische Stabilisierungs- bzw. wirtschaftsstruktur-erhaltende Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Eindämmung der negativen Effekte auf den Arbeitsmarkt gesetzt hätten. Die Geldpolitik des Euroraums und anderer Währungsräume hat mit umfangreichen Maßnahmen negative Wirkungen auf die Finanzierungsbedingungen und somit auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Inflationsentwicklung eingedämmt sowie die Finanzstabilität bewahrt.

## 4 Österreich stürzt 2020 in eine schwere Rezession

### 4.1 Der Lockdown 2020 und zwei Aufholphasen danach

Die zur Eindämmung von COVID-19 getroffenen Maßnahmen haben nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf fast alle Bereiche des täglichen Lebens, sondern schlagen sich auch in einem in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte nicht beobachteten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts nieder. Im Gegensatz zu früheren Rezessionen ist die aktuelle Krise vom gleichzeitigen Auftreten von Angebotsschocks (z. B. Schließungen im Dienstleistungssektor, Produktionsausfälle durch Werks- und Geschäftsschließungen und Störungen bei Lieferketten, Reisebeschränkungen, Grenzschließungen, Quarantäne; der Rückgang der Ölpreise wirkt positiv auf das BIP) und Nachfrageschocks (etwa fallende Export- und Konsumnachfrage, Einbruch der Tourismusexporte) getrieben. Sowohl das Unternehmens- als auch das Konsumentenvertrauen gemäß Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission brachen – nach einem starken Rückgang im März – im April nochmals deutlich ein und erholte sich im Mai nur geringfügig. Ob die Pandemie zu anhaltenden Verhaltensänderungen der Wirtschaftsakteure führen wird, lässt sich noch nicht abschätzen. Die Annahme von zumindest kurzfristigen Verhaltensänderungen, sei es der Haushalte in Form eines verstärkten Vorsichtssparens, sei es der Unternehmern in Form von Investitionszurückhaltung, liegt jedoch der vorliegenden Prognose zugrunde.

Die Gleichzeitigkeit der Schocks führt zu einem vorübergehend außergewöhnlich starken Einbruch der Wirtschaftsleistung (mit Ausnahme des starken Erdölpreiserückgangs, der aber selbst wieder durch einen Nachfrageschock bedingt wurde). Der erwartete Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität im zweiten Quartal wird sich auf  $-11,1\%$  gegenüber dem Vorquartal belaufen, nachdem die Wirtschaftsleistung bereits im ersten Quartal einen Rückgang um  $2,5\%$  verzeichnete. Die Schocks wirken jedoch nicht gleichgerichtet auf die Preisentwicklung: der Nachfrageschock dämpft die Inflation, während die Beeinträchtigung der Produktionsketten inflationserhöhend wirkt. Dabei dominieren die Effekte des Nachfrageausfalls.

Die Auswirkungen eines erzwungenen Lockdowns, der einen simultan auftretenden Rückgang der Nachfrage und des Angebots (z. B. konnten Güter während des Lockdowns nicht gekauft oder Dienstleistungen nicht angeboten werden) zur Folge hat, auf die Produktionskapazität und somit auf die Produktionslücke und den dadurch ausgelösten Preisdruck lassen sich gegenwärtig noch nicht eindeutig abschätzen. Eine weitere Unsicherheit besteht darüber, in welchem Ausmaß Umsatzeinbußen und auftretende Liquiditäts- bzw. Überschuldungsprobleme zu Firmenkonkursen führen werden und welche Effekte hiervon auf das Angebot ausgehen. Wie Kasten 2 zeigt, ist das Risiko bzw. die Vulnerabilität der Unternehmen je nach Branche sehr unterschiedlich.

Einen weiteren Unsicherheitsfaktor stellen von der COVID-19-Krise ausgehende Effekte auf die Finanzmärkte und die Finanzierungsbedingungen dar. So löste die Krise weltweit einen starken Einbruch der Aktienkurse aus, der mit steigenden Risikoprämien auf den Anleihemärkten einherging. Die Volatilität der Vermögenspreise hat sich erhöht. Negative Vermögenspreise (Kursverfall von Aktien und Anleihen) der Haushalte beeinträchtigen den Konsum.

Die österreichische Bundesregierung ergriff zur Eindämmung der Pandemie rasch umfangreiche Containment-Maßnahmen, nachdem die ersten Krankheitsfälle in Österreich bekannt wurden. Dazu zählte zu Beginn ein Verbot von Veranstaltungen und ab 16. März 2020 eine angeordnete Schließung von beinahe allen Einzelhandelsgeschäften, Restaurants und der Hotellerie. Kombiniert mit Bewegungseinschränkungen (inklusive teilweiser Quarantäne) der Bevölkerung gelang es, die Reproduktionszahl vergleichsweise rasch auf Werte von unter eins zu drücken.<sup>4</sup> Die Beschränkungen wurden ab 13. April schrittweise gelockert. Die zur Bekämpfung der Krise geschürften fiskalpolitischen Maßnahmenpakete in Kombination mit der geldpolitischen Lockerung des Eurosystems mildern die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise ab.

Die in Grafik 2 dargestellten Kurzfrist- und Vertrauensindikatoren zeigen den außergewöhnlich starken Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität bzw. den dadurch verursachten starken Anstieg der Arbeitslosigkeit während des Lockdowns.

Die zur Bekämpfung der Pandemie gesetzten Maßnahmen führten zur schnellsten und tiefsten Rezession in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte Österreichs. Innerhalb von nur zwei Wochen sank die Wirtschaftsleistung laut dem wöchentlichen BIP-Indikator der OeNB<sup>5</sup> um mehr als ein Viertel gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. In der letzten Märzwoche lag das über die nachfrageseitigen

<sup>4</sup> Einen offiziellen Überblick zu den epidemiologischen Daten für Österreich bietet das Dash-Board des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. <https://info.gesundheitsministerium.at/>.

<sup>5</sup> Der OeNB-BIP-Wochenindikator wird regelmäßig auf der Homepage der OeNB publiziert. Der nachfolgende Text zu den Ergebnissen des OeNB-BIP-Wochenindikators wurde teilweise der Veröffentlichung vom 28. Mai 2020 entnommen.

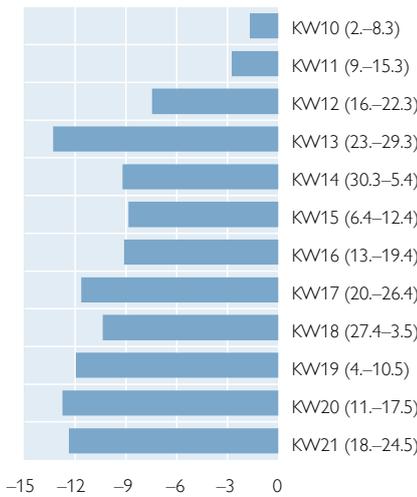
BIP-Komponenten gemessene wirtschaftliche Aktivitätsniveau 27% unter dem entsprechenden Vorjahreswochenwert. Zu diesem abrupten Rückgang trugen Inlandsnachfrage und Exporte in ähnlich starkem Ausmaß bei. Insbesondere der

Grafik 2

## Auswirkungen des Lockdowns

### Stromverbrauch

Veränderung zur Kalenderwoche (KW) des Vorjahres in %

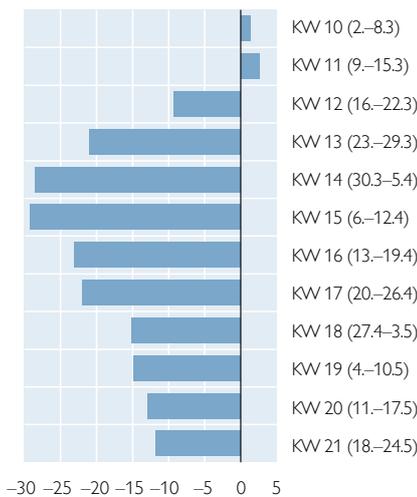


Quelle: e-control, APG, OeNB.

Anmerkung: Bereinigt um Wochenend-, Feiertags- und Temperatureffekte.

### Entwicklung der LKW-Fahrleistung

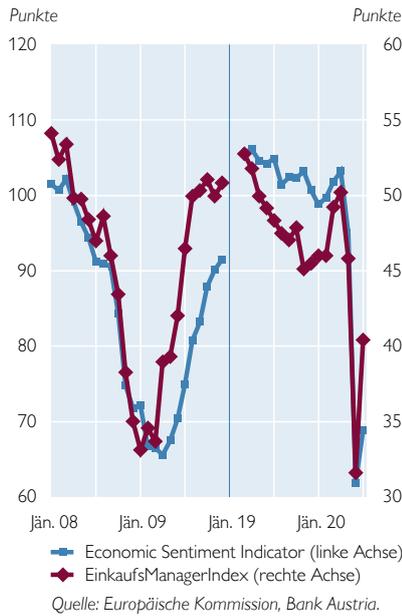
Veränderung zur Kalenderwoche (KW) des Vorjahres in %



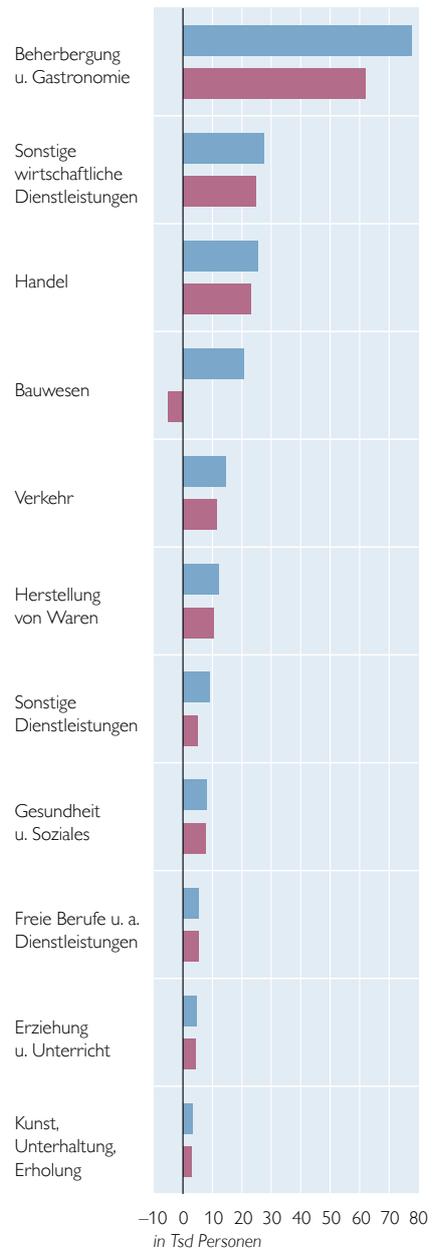
Quelle: ASFINAG, OeNB.

Anmerkung: Bereinigt um Feiertagseffekte.

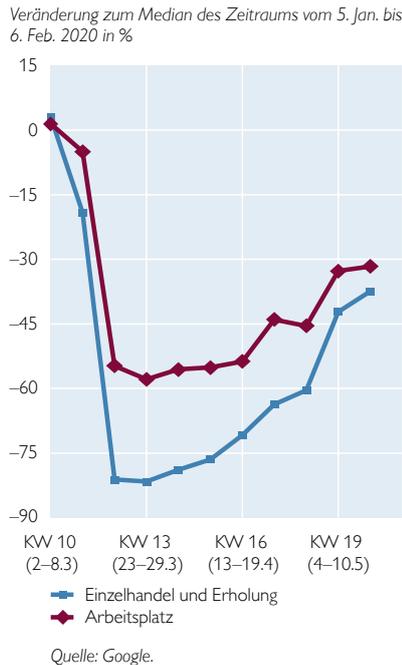
### Vertrauensindikatoren



### Veränderung der Arbeitslosenzahlen seit 15. März 2020



### Google Mobility Data



starke Einbruch der privaten Konsumausgaben ist bemerkenswert, schwankt diese BIP-Komponente doch üblicherweise deutlich unterdurchschnittlich im Konjunkturzyklus. Aufgrund der Geschäftsschließungen brach jedoch die Konsumnachfrage sowohl nach Waren als auch nach persönlichen Dienstleistungen stark ein. Da es den privaten Haushalten teilweise nicht möglich war, ihre Konsumbedürfnisse zu befriedigen, die fiskalischen Stützungsmaßnahmen jedoch die mit dem Einbruch einhergehenden Einkommensverluste abmilderten, stieg die Sparquote.

Kasten 1

### OeNB-BIP-Wochenindikator

*Zur zeitnahen Abschätzung der unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie analysiert die OeNB für den neuen BIP-Wochenindikator ein Set von Konjunkturindikatoren, die auf Tages- oder Wochenbasis erhoben werden. Zu diesen Indikatoren zählen unter anderem LKW-Fahrleistungsdaten (Quelle: ASFINAG), Zahlungsverkehrsdaten (mehrere Zahlungsdiensteanbieter), Arbeitsmarktdaten (AMS) und Stromverbrauchsdaten (e-control, Austrian Power Grid – APG), die von den genannten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Basierend auf diesen zeitnah verfügbaren Konjunkturindikatoren wird ein Aktivitätsindikator berechnet, der die Entwicklung des realen BIP auf Wochenbasis abbildet. Dazu werden die nachfrage-seitigen BIP-Komponenten mittels Brückengleichungen – Prognosegleichungen, die Variablen mit unterschiedlicher Datenfrequenz verbinden – geschätzt.*

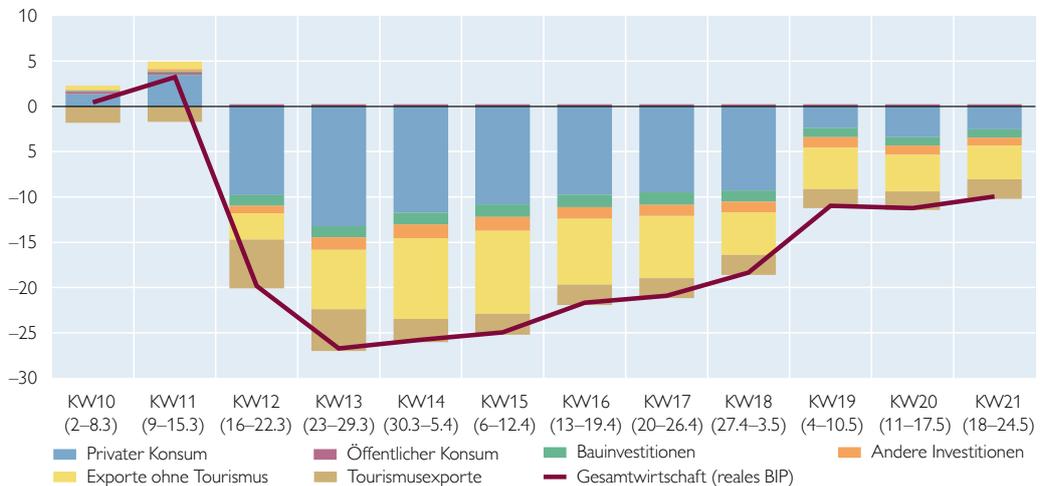
*Zur Schätzung der privaten Konsumausgaben werden Informationen zu Zahlungskartenumumsätzen im Inland sowie Bargeldeinlieferungen verwendet. Die LKW-Fahrleistungsdaten werden wie im Rahmen des OeNB-Exportindikators zur Bestimmung der Exportentwicklung verwendet. Gesondert geschätzt werden die Tourismusexporte mit Hilfe der Kreditkartenumsätze von Ausländern im Inland. Die Entwicklung der Bauinvestitionen wird mittels der täglichen Zahlen zu den gemeldeten Arbeitslosen im Bausektor geschätzt. Alle anderen Investitionen („Nicht-Bauinvestitionen“) folgen mangels geeigneter tagesaktueller Indikatoren annahmegemäß dem gewichteten Durchschnitt der anderen Nachfragekomponenten. Für den öffentlichen Konsum und die Lagerveränderungen wird eine stabile Entwicklung unterstellt. Alle angeführten Nachfragekomponenten werden um ihre Importanteile gemäß Input-Output-Tabellen bereinigt, sodass die Summe der angeführten Nachfragekomponenten dem gesamten BIP entspricht. Andere tagesaktuelle Konjunkturindikatoren, die nicht direkt in die Schätzungen einfließen wie Daten zum Stromverbrauch, zum Mobilitätsverhalten, zur Kurzarbeit und Finanzmarktvariable wurden für Plausibilitätschecks verwendet.*

Nach der „Blitzrezession“ in der zweiten Märzhälfte schwächte sich infolge der Aufhebung des Lockdowns ab Mitte April der Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität sukzessive ab. Ab der ersten Maihälfte setzte eine deutliche Erholung ein. Im Zuge der Öffnung der meisten Geschäfte erhöhten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben wieder deutlich. Die BIP-Lücke ging auf rund 11 % gegenüber dem Vorjahresvergleichswert zurück und war damit bereits weniger als halb so groß wie zum Höhepunkt des Lockdowns. Zum Teil dürften während des Lockdowns aufgeschobene Konsumausgaben nachgeholt worden sein. Dennoch liegt der private Konsum seit Mitte Mai noch rund 7% unter dem vorjährigen Niveau (auf Wochenbasis).

In den Kalenderwochen 20 und 21 blieb der private Konsum auf diesem Niveau. Die Nachholeffekte dürften etwas schwächer geworden sein, aber die Öffnung der Gastronomiebetriebe verhinderte ein neuerliches Ansteigen der Konsumlücke. Im Bereich der nicht-touristischen Exporte setzte sich die schrittweise – wenn auch langsamer werdende – Erholung ebenso fort wie bei den Bauinvestitionen. Aufgrund

### Wöchentlicher BIP-Indikator für Österreich

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in %; Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: OeNB.

Tabelle zu Grafik 3

### COVID-19 bedingte BIP-Verluste

	Verluste pro KW	Verluste kumuliert
	in % der Vorjahreswoche	in Mrd EUR gegenüber Vorjahr
KW12 (16.–22.3.2020)	-19,9	-1,4
KW13 (23.–29.3.2020)	-26,7	-3,3
KW14 (30.3.–5.4.2020)	-25,8	-5,2
KW15 (6.–12.4.2020)	-25,0	-7,0
KW16 (13.–19.4.2020)	-21,7	-8,6
KW17 (20.–26.4.2020)	-20,9	-10,1
KW18 (27.4.–3.5.2020)	-18,4	-11,4
KW19 (4.–10.5.2020)	-11,0	-12,2
KW20 (11.–17.5.2020)	-11,2	-13,0
KW21 (18.–24.5.2020)	-10,0	-13,7

Quelle: OeNB.

der Reisebeschränkungen sind die Tourismusexporte hingegen weiterhin fast zur Gänze ausgefallen. Insgesamt lag das wirtschaftliche Aktivitätsniveau in Kalenderwoche 21 noch 10% unter dem Vorjahreswert. Die beobachtete deutliche Erholung der Konjunktur Anfang Mai festigte sich im Verlauf des Monats.

Die BIP-Verluste im Vergleich zum Vorjahr betragen während des Lockdowns bis zu 2 Mrd EUR pro Kalenderwoche, in Kalenderwoche 21 belief sich der Verlust trotz der deutlichen Belebung nach wie vor auf knapp 1 Mrd EUR. Für den Zeitraum vom 16. März bis 24. Mai 2020 summierte sich der BIP-Verlust auf knapp 14 Mrd EUR. Das entspricht knapp 4% des BIP im Jahr 2019 von 375 Mrd EUR.

### Finanzielle Betroffenheit der österreichischen Unternehmen im Lockdown nach Branchen<sup>6</sup>

*Aktuell sind von der Krise sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsseite der Wirtschaft betroffen. Die finanzielle Situation der Unternehmen ist ausschlaggebend dafür, wie gut diese mit*

<sup>6</sup> Schneider, M. und W. Waschiczek, W. 2020. Betroffenheit der österreichischen Unternehmen durch die COVID-19 Pandemie nach Branchen. Konjunktur Aktuell - Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage – Sonderheft April 2020. <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/konjunktur-aktuell.html>.

Tabelle K2

### Finanzielle Betroffenheit der Unternehmen

Bezeichnung	NACE-Code	Nachfrage		Arbeitsmarkt		Angebot		Finanzierung – Solvenz			Finanzierung – Liquidität		Insgesamt
		Nachfrage-rückgang in %	Möglichkeit des teilweisen Aufholens des Nachfrage-rückgangs	Anstieg Arbeitslosigkeit (in % der Beschäftigung)	Anteil behördlich angeordneter Schließungen	Anteil ausländischer Arbeitskräfte (in %)	Personalintensität (Besch. pro Mio EUR Wertschöpfung)	Abhängigkeit von importierten Vorleistungen (Importierte VL durch BPW)	Eigenkapitalquote (invers)	Kreditwürdigkeit (in %)	Kurzfristige Netto-Liquiditätsposition (invers)	Nicht ausgenutzte % des BPW (invers)	
Beherrschung und Gastronomie	I	80	0	25,9	1,00	12,9	55,0	7,1	15,8	3,2	2,1	2,8	1,00
Reisebüros und Reiseveranstalter	N79	88	0	4,7	1,00	25,7	16,4	41,3	18,1	1,0	30,0	2,6	0,87
Sonst. Dienstleistungen a.g.	S96	74	13	17,3	0,88	15,5	29,6	4,4	29,5	1,4	20,9	4,2	0,83
Luftfahrt	H51	90	10	0,6	1,00	10,8	24,7	29,0	22,4	1,6	27,4	0,4	0,81
Dienstleistungen Sport/Unterhaltung	R93	80	0	11,2	1,00	9,4	30,0	6,9	24,3	2,4	12,2	2,2	0,81
H. v. Möbeln und sonstigen Waren	C31-C32	81	50	1,1	0,00	13,9	16,8	38,8	32,3	0,8	17,5	3,7	0,74
Kunst	R90-R92	82	0	1,6	1,00	8,6	25,1	5,9	44,8	0,6	30,2	4,0	0,67
H.v. Kraftwagen und teilen	C29	66	50	0,7	0,00	9,1	19,7	55,8	35,9	0,8	8,7	2,4	0,65
H. v. Textilien, Bekleidung, Lederwaren und Schuhen	C13-C15	70	50	0,7	0,00	14,9	31,2	41,1	34,0	2,6	19,7	4,7	0,65
Einzelhandel	G47	51	25	4,0	0,85	20,7	21,8	6,4	24,6	1,8	10,1	6,1	0,58
H.v. Druckerzeugnissen	C18	57	50	2,0	0,00	11,0	15,5	34,0	23,3	1,7	11,8	3,1	0,58
Kokerei und Mineralölverarbeitung	C19	38	50	0,9	0,00	1,5	13,8	98,2	0,0	0,2	0,0	5,1	0,54
Landverkehr	H49	45	20	11,1	0,00	12,2	31,6	6,9	27,3	1,2	-0,2	3,5	0,54
Arbeitskräfteüberlassung	N78	46	13	15,0	0,00	20,2	45,0	1,4	24,5	1,0	68,9	1,7	0,52
Sonst. Fahrzeugbau	C30	54	50	0,7	0,00	10,5	20,1	22,3	31,6	0,6	15,3	9,4	0,51
Reparatur/Installation v. Maschinen	C33	45	50	1,6	0,00	9,9	14,6	24,0	29,5	1,2	9,7	1,5	0,49
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen	N	30	20	10,0	0,75	14,0	45,2	8,1	28,3	0,7	30,1	4,9	0,49
Handel	G	44	25	3,4	0,75	13,8	20,1	11,3	28,0	1,2	21,1	8,8	0,48
Kfz-Handel und -reparatur	G45	42	25	3,7	0,75	13,5	16,5	16,6	24,0	1,9	8,2	9,2	0,47
Bau	F	37	25	11,5	0,25	10,7	30,1	11,0	24,7	1,6	11,1	10,3	0,47

Quelle: OeNB, BPW = Bruttoproduktionswert.

den Belastungen umgehen können. Um die Betroffenheit der Branchen und deren Vulnerabilität abzubilden, wurden unterschiedliche Indikatoren aus vier Bereichen herangezogen: Die Nachfrageseite wurde durch den Nachfragerückgang und die Möglichkeit des teilweisen Aufholens des Nachfragerückgangs abgebildet, der Arbeitsmarkt durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Angebotsseite durch den Anteil behördlich angeordneter Schließungen, die Personalintensität, den Anteil ausländischer Arbeitskräfte und die Abhängigkeit von importierten Vorleistungen. Die Finanzierungsseite wurde durch vier Indikatoren abgebildet, welche die Solvenz (Eigenkapitalquote und Kreditausfallwahrscheinlichkeit) sowie die Liquidität (kurzfristige Nettoliquiditätsposition und nicht ausgenutzte Kreditrahmen) abbilden. Die Ergebnisse wurden auf Ebene der NACE 2-Steller (64 Branchen) dargestellt. Die Analyse basiert auf Daten im Zeitraum zwischen 9. März und 12. April und deckt somit jene Zeitperiode ab, in der in Österreich ein strenger Lockdown galt. Die Ergebnisse für die 20 am stärksten betroffenen Branchen sind in der Tabelle zusammengefasst.

Mit Abstand am stärksten von den behördlich angeordneten Schließungen war der Bereich Beherbergung und Gastronomie betroffen, der einen geschätzten Nachfragerückgang von 80 % verzeichnete. Reisebüros und Reiseveranstalter litten unter einem fast vollständigen Umsatzeinbruch (–88 %). Sie wurden darüber hinaus massiv von angebotslimitierenden Faktoren getroffen. Die sonstigen Dienstleistungen umfassen einen weiten Bereich persönlicher Dienstleistungen, wie Frisör- und Kosmetiksalons, Wäschereien, Fußpflege, Saunen, Solarien, Bäder, u. a. Diese erfordern direkten Kundenkontakt und waren daher in einem sehr hohen Ausmaß von den behördlich angeordneten Schließungen betroffen. Ihre hohe Personalintensität stellte einen weiteren limitierenden angebotsseitigen Faktor dar, ihre Solvenz- und Liquiditätsposition liegt etwa im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft.

Die Ergebnisse des OeNB-BIP-Wochenindikators sowie die darauf aufbauende Einschätzung der weiteren wöchentlichen Entwicklung stellen die Basis für die Kurzfristprognose des BIP-Wachstums und der Nachfragekomponenten im Rahmen der vorliegenden Prognose dar. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorquartal bereits um 2,5 % geschrumpft ist, wird für das zweite Quartal ein weitaus stärkeren BIP-Rückgang im Ausmaß von 11,1 % (ebenfalls gegenüber dem Vorquartal) erwartet; der private Konsum sinkt um 10,2 %, die Investitionen um 12 % und die Exporte sogar um 17,2 %.<sup>7</sup> Infolge der zunehmenden Normalisierung wird für das dritte Quartal, ausgehend von dem sehr niedrigen Niveau der Wirtschaftsaktivität, ein Aufholeffekt des BIP-Wachstums von 6,3 % erwartet, der sich in überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten in den Folgequartalen, wenn auch mit nachlassender Dynamik, fortsetzen wird.

Annahmegemäß wird in der vorliegenden Prognose von der Verfügbarkeit eines Medikaments oder einer Impfung Mitte des Jahres 2021 (Kapitel 2) ausgegangen. Dieser positive Schock stärkt das Wirtschaftsvertrauen und unterstützt die Wachstumsdynamik im zweiten Halbjahr 2021 sowie zu Beginn des Jahre 2022.

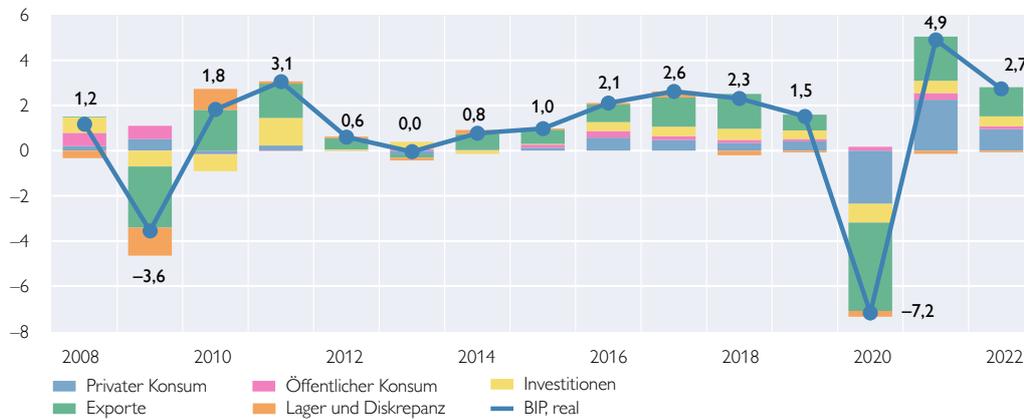
Für die Jahre 2020, 2021 und 2022 wird ein Wirtschaftswachstum von –7,2 %, 4,9 % und 2,7 % prognostiziert. Sowohl der Einbruch im Jahr 2020 als auch die Konjunkturerholung im Jahr 2021 sind deutlich stärker ausgeprägt als die Rezession und Konjunkturerholung der Jahre 2009 und 2010. Trotz der kräftigen Wirtschaftserholung in den Jahren 2021 und 2022 wird das BIP-Niveau des Jahres 2019 erst wieder im Laufe des Jahres 2022 erreicht werden.

<sup>7</sup> Die Quartalswerte dieser Prognose sind im Anhang angeführt.

Grafik 4

### Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP

Veränderung zum Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: OeNB.

## 4.2 Einbruch der Weltwirtschaft führt zu starkem Rückgang der österreichischen Exporte

Bereits im Jahr 2019 schwächte sich das Wachstum der realen Exporte merklich auf 2,7% ab (2018: 5,6%). Dieser Rückgang resultierte aus der Konjunkturschwäche des wichtigsten Handelspartners Deutschland, aber auch aus dem schwachen Weltmarkt infolge der Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China. Im ersten Quartal 2020 waren die COVID-19-bedingten negativen Auswirkungen des Wirtschaftseinbruchs in Asien und Italien in der Nachfrage nach österreichischen Exporten bereits spürbar. Die gesamte Nachfrage nach österreichischen Exporten sank um 3,8% im Vergleich zum Vorquartal, und die österreichischen Exporte laut VGR-Rechnung schrumpften um 1,8%. Für das zweite Quartal signalisiert eine Vielzahl von Vorlaufindikatoren für den Außenhandel einen weitaus stärkeren Einbruch der Exporte. So schrumpfte der LKW-Frachtverkehr im März im Dreimonatsabstand um 9,5%. Die Exportauftragseingänge laut Europäischer Kommission fielen fast doppelt so stark wie in der Krise des Jahres 2009.

Insgesamt wird für das Jahr 2020 ein Rückgang der österreichischen realen Gesamtexporte um 11,6% erwartet. Im Jahr 2021 wird die erwartete wirtschaftliche Erholung der Handelspartner wieder zu einer deutlichen Stimulierung der Nachfrage nach österreichischen Exporten um 6,9% führen. Für das Jahr 2022 wird das Wachstum der realen Exporte angesichts der Normalisierung der wirtschaftlichen Dynamik in den für die heimischen Exporteure wichtigen Zielländern bei 4,7% liegen. Von der Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gehen über den Prognosehorizont keine gravierenden Effekte aus. Die Marktanteile der österreichischen Exporteure steigen 2020 leicht an und bleiben im weiteren Prognosezeitraum konstant. Der Leistungsbilanzüberschuss sinkt 2020 auf 1,5% des BIP (2019: 2,6%), wird sich in den Jahren 2021 und 2022 aber wieder verbessern.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Für Details zur Entwicklung der Leistungsbilanz sei auf die Tabelle im Anhang verwiesen.

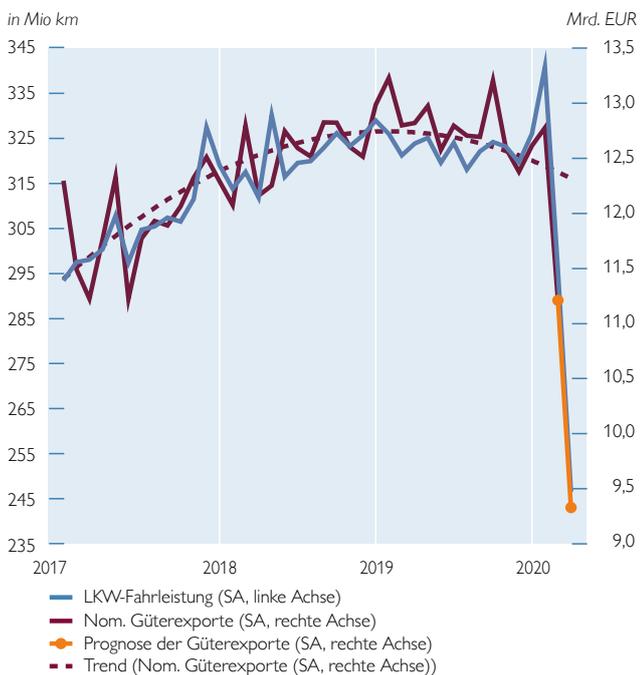
Der Einbruch der realen Exporte in diesem Jahr entspricht etwa jenem des Jahres 2009, jedoch wird die Erholung in den Jahren 2021 und 2022 schwächer ausfallen als nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Auch ohne die Lockdown-Maßnahmen der österreichischen Regierung hätte es einen starken Revisionsbedarf gegenüber der OeNB-Prognose vom Dezember 2019

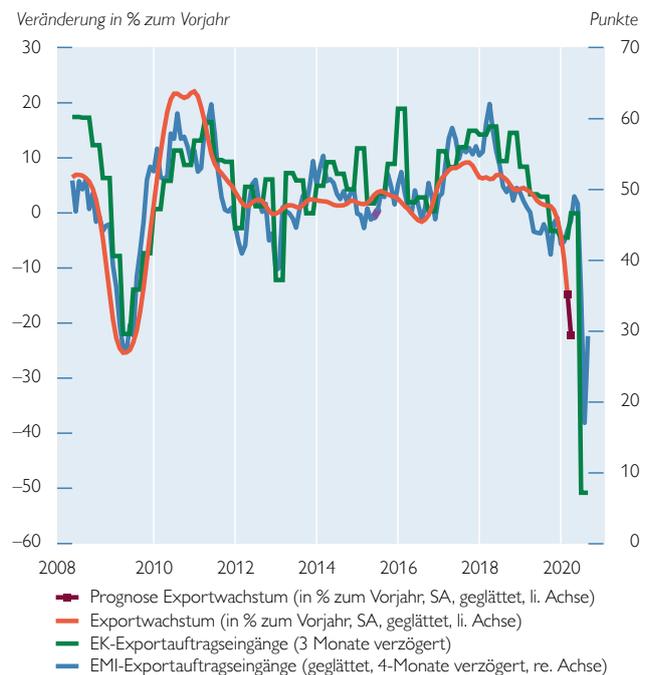
Grafik 5

### Kurzfristige Einschätzung des Außenhandels

#### LKW-Fahrleistung und Güterexporte



#### Vorlaufindikatoren für den Außenhandel



Grafik 6

### Exporte, Exportmärkte und Marktanteile



gegeben, da sich das außenwirtschaftliche Umfeld stark verschlechterte und der Export für die heimische Wirtschaftsentwicklung von zentraler Bedeutung ist. Dies ist aus Tabelle 4 ersichtlich, die die Ursachen für die Revision der Prognose darlegt.

Gegenüber der OeNB-Prognose vom Dezember 2019 wurde das BIP-Wachstum für das Jahr 2020 in einem in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte noch nie dagewesenem Ausmaß von 8,3 Prozentpunkten nach unten revidiert. Allein 4,0 Prozentpunkte

Tabelle 3

### Wachstum und Preise in der österreichischen Außenwirtschaft

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Exporte</b>				
Preise der Wettbewerber auf Österreichs Exportmärkten	+1,7	-1,6	+0,7	+1,9
Exportdeflator	+0,4	-0,8	+0,6	+1,6
Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit	+1,2	-0,8	+0,1	+0,3
Nachfrage auf Österreichs Exportmärkten (real)	+1,7	-12,7	+6,8	+4,7
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	+2,7	-11,6	+6,9	+4,7
Marktanteile Österreichs	+0,9	+1,1	+0,1	+0,0
	Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Importe</b>				
Preise der internationalen Wettbewerber auf dem heimischen Markt	+1,3	-0,7	+0,8	+1,6
Importdeflator	+0,6	-0,5	+0,5	+1,3
Österreichische Importe i. w. S. (real)	+2,7	-8,9	+5,7	+3,7
Terms of Trade	-0,2	-0,3	+0,1	+0,3
	in Prozentpunkten des realen BIP			
Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum	+0,1	-1,9	+0,8	+0,7
	in % des nominellen BIP			
Exportquote	55,7	52,0	53,2	54,3
Importquote	52,0	50,1	50,7	51,1

Quelle: 2019: WIFO, Eurosystem; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

Tabelle 4

### Aufteilung der Prognoserevisionen

	BIP		
	2020	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %		
Prognose vom Juni 2020	-7,2	+4,9	+2,7
Prognose vom Dezember 2019	+1,1	+1,5	+1,6
Differenz	-8,3	+3,4	+1,1
	in Prozentpunkten		
Verursacht durch:			
Externe Annahmen	-4,0	+1,7	+0,9
Neue Daten <sup>1</sup>	-3,0	x	x
davon: Revision historischer Daten bis Q3 19	-0,2	x	x
Prognosefehler für Q4 19 und Q1 20	-2,9	x	x
Sonstiges <sup>2</sup>	-1,4	+1,7	+0,2

Quelle: OeNB-Prognosen vom Juni 2020 und Dezember 2019. Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann die Summe der Wachstumsbeiträge aus den einzelnen Revisionen von der Gesamtrevision abweichen.

<sup>1</sup> „Neue Daten“ bezieht sich auf gegenüber der letzten Prognose neu vorliegende Daten für das BIP-Wachstum bzw. die Inflation.

<sup>2</sup> Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

davon erklären sich nach Simulationsrechnungen der OeNB durch die reduzierte Nachfrage nach österreichischen Exporten infolge des im Vergleich zu den Annahmen im Dezember schlechteren externen Umfelds. Für die Berechnungen wurden die Auswirkungen der Veränderungen des nominellen effektiven Wechselkurses, des Ölpreises und der Nachfrage nach österreichischen Exporten analysiert. Da sich die Auswirkungen der niedrigeren Ölpreise (+0,27 Prozentpunkte) und der nominell-effektiven Aufwertung des Euro (−0,14 Prozentpunkte) fast gegenseitig aufheben und die Wirkungen der Zinsänderungen minimal sind, ist der BIP-Einbruch der Handelspartner und die dadurch reduzierte Nachfrage nach heimischen Exporten (im Vergleich zum Dezember) allein für die 4,0 Prozentpunkte verantwortlich. In der Prognose der OeNB vom Dezember 2019 wurde für das Jahr 2020 ein BIP-Wachstum von 1,1 % erwartet. Das bedeutet, dass allein die Veränderung der externen Annahmen zu einem BIP-Rückgang im Jahr 2020 auf rund 3 % geführt hätte. Eine zusätzliche Revision der Prognose erklärt sich aus den seit der Dezemberprognose neu verfügbaren, realisierten Daten.<sup>9</sup>

### **4.3 Wachstumseinbruch des privaten Konsums und der Bruttonlageinvestitionen annähernd gleich stark**

In ökonomisch-theoretischer Betrachtung wirkt der private Konsum in Krisenzeiten konjunkturstabilisierend – so auch in Österreich im Falle vergangener Krisen bzw. konjunktureller Einbrüche. Die Investitionen, und hier im Speziellen die Ausrüstungsinvestitionen, weisen hingegen ein stark konjunkturabhängiges Verhalten auf. Während etwa das Wachstum des privaten Konsums im Krisenjahr 2009 annähernd konstant blieb, schrumpften die Bruttoanlageinvestitionen um 7,2 % und die Ausrüstungsinvestitionen sogar um 10,5 %. Das Konsumverhalten der privaten Haushalte ist in einem nicht unerheblichen Ausmaß von Fixkosten geprägt und hat damit kaum eine Möglichkeit auf Einkommensverluste zu reagieren, anders verhält es sich bei der Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern, die stärker konjunkturabhängig sind. Einkommensverluste werden im Aggregat durch Veränderungen des Sparens ausgeglichen, womit von der privaten Konsumnachfrage eine den Konjunkturverlauf stabilisierende Wirkung ausgeht. Die Bruttoanlageinvestitionen – und hier vor allem die Ausrüstungsinvestitionen – werden hingegen von den Finanzierungsbedingungen, vor allem aber von den Erwartungen über zukünftige Gewinne bestimmt. Diese sind aber in sehr hohem Ausmaß konjunkturreakibel bzw. prozyklisch.

Die Einkommenssituation der privaten Haushalte war 2019 günstig. Die Arbeitslosenquote lag bei 4,5 %, die Arbeitnehmerentgelte, die in diesem Jahr zusätzlich vom Familienbonus plus profitierten, stiegen nominell um 4,3 % und auch die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen entwickelten sich konjunkturbedingt gut. Die Inflation blieb mit 1,5 % im längerfristigen Vergleich unterdurchschnittlich. Der Reallohnanstieg je Beschäftigten war mit einem Plus von 1,3 % stark. In Summe bedingten diese Entwicklungen den kräftigsten Anstieg (2,2 %) der real verfügbaren Haushaltseinkommen seit dem Jahr 2007.

In Folge der COVID-19-Pandemie ändert sich dieses Bild im Jahr 2020 grundlegend. Die Rezession führt zu einem in diesem Ausmaß in der jüngeren

<sup>9</sup> Aufgrund der Änderung der Saisonbereinigungsmethode der zugrundeliegenden Daten ist diese Revision derzeit nicht sinnvoll zu interpretieren.

Tabelle 5

## Determinanten des nominellen Haushaltseinkommens und Entwicklung des privaten Konsums in Österreich

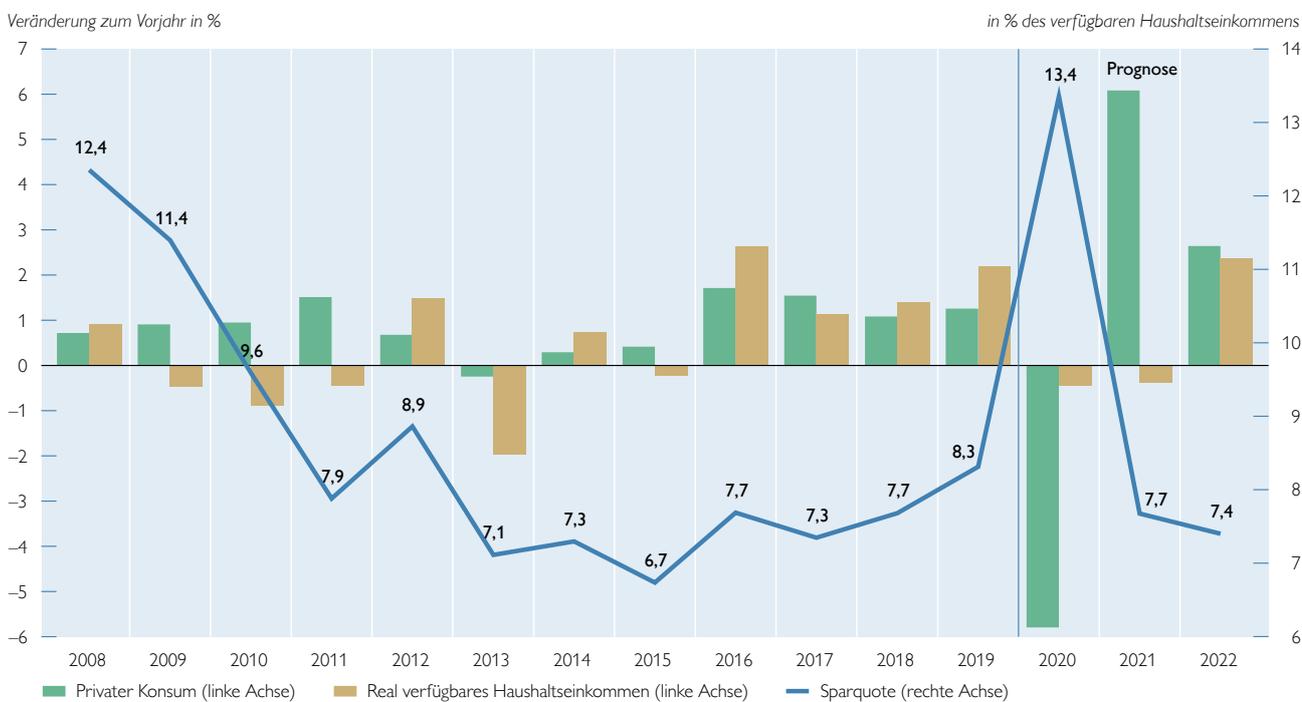
	2019	2020	2021	2022
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Unselbstständig Beschäftigte	+1,4	-2,2	+2,2	+1,5
Löhne je Beschäftigten	+2,9	-1,0	+1,6	+2,3
Arbeitnehmerentgelte	+4,3	-3,1	+3,8	+3,8
Vermögenseinkommen	+1,7	-18,2	-8,1	+13,9
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	+4,9	-5,9	+1,0	+6,2
	<i>in Prozentpunkten</i>			
<b>Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens</b>				
Arbeitnehmerentgelte	+3,7	-2,7	+3,2	+3,3
Vermögenseinkommen	+0,2	-2,0	-0,7	+1,1
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	+0,8	-1,0	+0,2	+1,0
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern <sup>1</sup>	-0,8	+6,3	-2,2	-1,5
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	+3,9	+0,4	+0,5	+3,9
Konsumdeflator	+1,7	+0,9	+0,8	+1,5
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	+2,2	-0,4	-0,4	+2,4
Privater Konsum (real)	+1,3	-5,8	+6,1	+2,6
	<i>in % des Wachstums des verfügbaren Haushaltseinkommens</i>			
Sparquote	8,3	13,4	7,7	7,4
	<i>in % des nominellen BIP</i>			
Konsumquote	51,6	52,2	53,1	53,1

Quelle: 2019: WIFO, Statistik Austria; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

<sup>1</sup> Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte eine Abnahme.

Wirtschaftsgeschichte bisher nicht beobachteten Einbruch aller Einkommensarten. Dies gilt auch für die Vermögenseinkommen (-18,2 %) sowie für die Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (-5,9 %). Der Rückgang der Vermögenseinkommen sollte sich auf die aggregierte Konsumnachfrage der privaten Haushalte allerdings nur unterproportional auswirken, da die marginale Konsumneigung aus Vermögenseinkommen im Vergleich zu jener aus Arbeitseinkommen deutlich niedriger ist. Die Arbeitnehmerentgelte profitieren im Jahr 2020 noch teilweise von den bereits im Jahr 2019 erfolgten Kollektivvertragsabschlüssen. Der Wirtschaftseinbruch führt aber zu einem deutlichen Rückgang der Beschäftigung, zu einem in diesem Ausmaß noch nie beobachteten Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einer deutlich negativen Lohndrift (Tabelle 8). Trotz der sehr hohen budgetären Mittel für Kurzarbeit (Kasten 4), die laut VGR als Subventionen an die Unternehmen verbucht werden und damit in die Arbeitnehmerentgelte (und nicht in die Transfers an Haushalte) eingehen, erwartet die OeNB einen Rückgang der nominellen Arbeitnehmerentgelte um 3,1 %. Die zusätzlich zu den Ausgaben für Kurzarbeit getätigten Nettotransfers des Staates (Transfers abzüglich Steuern) und die niedrige Inflationsrate (Konsumdeflator +0,9 %) wirken stabilisierend auf die Entwicklung der Haushaltseinkommen. Insgesamt wird für die Jahre 2020 und 2021 eine annähernde Stagnation der nominellen und realen verfügbaren Haushaltseinkommen (zwischen +0,5 % und -0,4 %) erwartet; 2022 werden infolge

## Verfügbares Haushaltseinkommen, privater Konsum und Sparquote



der konjunkturellen Erholung sowohl das nominelle als auch das real verfügbare Haushaltseinkommen wieder zunehmen.

Das Konsumverhalten im Jahr 2020 ist aber wie nie zuvor von zwei zusätzlichen Faktoren bestimmt: Erstens waren die Konsummöglichkeiten durch die Lockdown-Maßnahmen stark beschränkt (Zwangssparen). Zweitens führen negative Vertrauenseffekte angesichts der enorm gestiegenen Arbeitslosigkeit und der unsicheren wirtschaftlichen Situation zu einer erhöhten Sparneigung im weiteren Verlauf der Krise (Vorsichtssparen). Beide Effekte resultieren in einem deutlichen Anstieg der Sparquote von 8,3% im Jahr 2019 auf 13,4% im Jahr 2020. Für die Jahre 2021 und 2022 wird aufgrund des unterstellten positiven Schocks in Form einer medizinischen Lösung und der damit einhergehenden Aufhellung des Wirtschaftsvertrauens wieder eine Normalisierung des Sparverhaltens und damit ein Rückgang der Sparquote erwartet.

Insgesamt prognostiziert die OeNB für das Jahr 2020 einen Einbruch des realen Konsums um rund 6%, der nur wenig schwächer ist als der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich dazu sank im Krisenjahr 2009 das real verfügbare Haushaltseinkommen zwar ähnlich stark wie für heuer erwartet, es kam aber damals zu einem deutlichen Rückgang der Sparquote, weshalb der reale private Konsum im Jahr 2009 immer noch um 0,9% gewachsen ist. Für die Jahre 2021 und 2022 werden Aufholprozesse mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten des privaten Konsums (6,1% bzw. 2,6%) erwartet.

### Entwicklung der öffentlichen Finanzen von 2020 bis 2022<sup>10</sup>

**Der Budgetüberschuss 2019 wird von COVID-19-bedingten Defiziten gefolgt werden.** Nach gesamtwirtschaftlichen Budgetüberschüssen von 0,2 % bzw. 0,7 % des BIP in den beiden Vorjahren wird das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2020 aufgrund des COVID-19-bedingten Konjunkturabschwungs und der vorübergehenden fiskalischen Maßnahmen der Bundesregierung zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsstrukturen auf 8,9 % des BIP hinaufschnellen. Mit dem Auslaufen der Maßnahmen und der Konjunkturerholung wird 2021 eine deutliche Verbesserung des Defizits auf 3,9 % des BIP erwartet. Bereits 2022 sollte das Budgetdefizit mit einem Wert von 1,5 % des BIP wieder deutlich unter die Drei-Prozent-Maastricht-Defizitgrenze sinken.

**Die bisher angekündigten fiskalischen Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung zur Abfederung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben ein Volumen von ca. 50 Mrd EUR (13,3 % des BIP).** Der Großteil des Maßnahmenpakets ist dem Erhalt des Produktionspotenzials gewidmet: Durch liquiditätsstärkende Maßnahmen, Transfers und Subventionen für Kurzarbeit soll sichergestellt werden, dass Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten bleiben und krisenbedingte Einkommensausfälle minimiert werden. Darüber hinaus zielen die Maßnahmen darauf ab, dass die Produktion bzw. die Aufnahme der wirtschaftlichen Aktivität nach Ende des Containments möglichst wenig beeinträchtigt wird.

Die Maßnahmen umfassen 12 Mrd EUR für Kurzarbeitshilfen, 10 Mrd EUR für Steuerstundungen und 28 Mrd EUR für den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds. Die 28 Mrd EUR des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (5. COVID-Gesetz) ergeben sich aus der Summe der Mittel für den ursprünglichen COVID-19-Fonds (4 Mrd EUR), der Notfallhilfe für besonders betroffene Branchen und Unternehmen (15 Mrd EUR) – auch als Corona-Hilfsfonds bezeichnet – und der sonstigen Garantien und Haftungen (9 Mrd EUR). Innerhalb des Corona-Hilfsfonds werden bis zu 8 Mrd EUR als Zuschüsse zur Abdeckung von Fixkosten an Unternehmen gewährt, die auf Grund der Corona-Krise schwerwiegende Liquiditätsengpässe haben. Das restliche Volumen des Corona-Hilfsfonds (7 Mrd EUR) ist für Garantien (bis zu 100-prozentige Staatshaftungen für Notkredite) vorgesehen. Die budgetären Effekte dieser Maßnahmen sind sehr unterschiedlich. Kredite, Garantien und Haftungen werden nur dann budgetrelevant (ausgabenerhöhend), wenn sie ausfallen bzw. schlagend werden; Steuer- bzw. Sozialversicherungsstundungen schlagen sich gemäß den Verbuchungsregeln des ESVG 2010 nur teilweise im gesamtstaatlichen Budgetsaldo des Jahres 2020 nieder.

**In der OeNB-Prognose sind für das Jahr 2020 budgetwirksame Maßnahmen aus den Paketen der Bundesregierung im Ausmaß von über 5 % des BIP inkludiert.** Es wird erwartet, dass die Mittel aus dem COVID-19-Fonds, der auch den Härtefallfonds für Kleinstunternehmen und Selbstständige beinhaltet, voll ausgeschöpft werden. Ebenso wird angenommen, dass die Mittel für den Fixkostenzuschuss vollständig ausgeschöpft werden. Aufgrund des Beantragungszeitraums bis Ende August 2021 wird ein Teil der budgetären Auswirkung daraus erst im Jahr 2021 auftreten. Die Ausnutzung der Steuerstundungen bzw. der Herabsetzungen der Vorauszahlungen und die Ausnutzung der Mittel für die Kurzarbeit ist von der erwarteten Entwicklung der Konjunktur abhängig. Die OeNB-Fiskalprognose geht davon aus, dass die Steuerstundungen erst im Jahr 2022 vollständig zurückgeführt werden und das Kurzarbeitszeitmodell „neu“ nach 6 Monaten vom alten, weniger großzügigen, Kurzarbeitszeitmodell abgelöst werden wird. Damit geht ein defiziterhöhender Effekt der diskretionären COVID-19-Maßnahmen in den Jahren 2021 (und 2022) im Ausmaß von knapp 1,5 % des BIP (2022 0,1 % des BIP vor allem aufgrund des Wirtshauspakets) einher. Da die vorliegende Budgetprognose einen Beitrag zur Eurosystem-Budgetprognose darstellt, erfolgt sie unter der Vorgabe, dass nur Maßnahmen berücksichtigt werden dürfen, die bereits vom

<sup>10</sup> Autorin: Doris Prammer, Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, Doris.Prammer@oenb.at.

Parlament bzw. der Regierung beschlossen bzw. zumindest hinreichend genau spezifiziert worden sind. Deshalb sind in der Prognose weder mögliche künftige Konjunkturpakete enthalten, noch die medial angekündigte, aber noch nicht hinreichend spezifizierte Einkommensteuerreform. Ebenso wird in der vorliegenden Budgetprognose davon abgesehen, die Kosten für das eventuelle Schlagendwerden von Staatsgarantien zu quantifizieren.

**Neben den diskretionären Maßnahmen treiben insbesondere die automatischen Stabilisatoren die Entwicklung der Budgetsalden.** Diese automatischen Stabilisatoren wirken in Österreich vergleichsweise stark, getrieben durch die Arbeitslosigkeitsersatzleistungen und die Progressivität der Lohn- und Einkommensteuer. Die automatischen Stabilisatoren verschlechtern den Budgetsaldo 2020 um etwa 3 % des BIP. Da für die Jahre 2021 und 2022 eine deutliche Konjunkturerholung erwartet wird, wird das Wirken dieser Stabilisatoren den Budgetsaldo dieser Jahre automatisch verbessern bzw. zu einer Verringerung des im heurigen Jahr außergewöhnlich hohen Budgetdefizits beitragen.

**Der starke Anstieg der Schuldenquote auf 84,4 % des BIP (+14 Prozentpunkte) bedeutet die zweithöchste Schuldenquote seit dem Beitritt Österreichs zur EU.<sup>11</sup>** Dieser Anstieg ist zum einen auf das im heurigen Jahr sehr hohe Primärdefizit (etwa 7,5 % des BIP), zum anderen auf das sinkende BIP, das den Nenner der Schuldenquote verringert, zurückzuführen. Bereits im nächsten Jahr schwenkt die Schuldenquote wieder auf einen rückläufigen Trend ein. Der Schuldenrückgang wird vor allem vom deutlich positiven BIP-Wachstum bestimmt, während der negative, wenn auch abnehmende, Primärsaldo einen schulden erhöhenden Beitrag liefert.

**Die Anwendung der Fiskalregeln ist aufgrund der Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel (General Escape Clause) de facto ausgesetzt.** Allerdings würde auch die baldige Wiedereinsetzung der EU-Fiskalregeln Österreich kaum Probleme bereiten. Zumindest die nominellen Maastricht-Ziele, nämlich die Unterschreitung der Drei-Prozent-Defizitgrenze und die hinreichende Rückführung der Schuldenquote, dürften ab 2022 wieder erfüllt zu sein.

Die Investitionen waren in den vergangenen Jahren eine wesentliche Stütze der heimischen Konjunktur, da der letzte Investitionszyklus im historischen Vergleich außergewöhnlich lang und kräftig war. Das Investitionswachstum hatte sich 2019 (2,8 %) zwar gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt, war aber immer noch sehr breit aufgestellt. Die Bauinvestitionen, die weitaus weniger konjunktur reagibel sind, trugen wesentlich zum Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen bei.

Die Lockdown-Maßnahmen führten dazu, dass die Profite der Unternehmen ebenso wie die Industrieproduktion einbrachen. Die Kapazitätsauslastung sank von 84,8 % im Jänner 2020 auf 73,9 % im April. Zusätzlich führte der teilweise Zusammenbruch der internationalen Produktionsketten zu Problemen bei den Zulieferungen von Vorleistungsprodukten. Darüber hinaus kam es aufgrund der Grenzsperrern zu einer vorübergehenden Verringerung des Arbeitsangebots. Investitionsprojekte wurden daher neu bewertet und teilweise abgesagt oder in die Zukunft verschoben.

Im Gegensatz zum privaten Konsum kann der durch den Lockdown erzwungene Einbruch der Investitionsnachfrage in einigen Branchen relativ rasch wieder behoben werden, insbesondere im Bereich der Bauwirtschaft, sofern es nicht zu angebotsseitigen Restriktionen (wegen Grenzschließungen können ausländische Arbeitnehmer ihre Beschäftigung in Österreich nicht wieder aufnehmen) kommt. Für das zweite Halbjahr wird erwartet, dass Nachholeffekte die Investitionstätigkeit

<sup>11</sup> Die bisher höchste Schuldenquote wurde 2015 mit 84,9 % des BIP verzeichnet. Vergleichbare Daten zur Schuldenquote sind erst seit 1995 verfügbar.

ankurbeln. Insgesamt prognostiziert die OeNB für das Gesamtjahr 2020 einen Rückgang der Investitionen um 6,7%. Die Größenordnung des Rückgangs der Bruttoanlageinvestitionen ist ähnlich zu jenem im Jahr 2009.

Tabelle 6

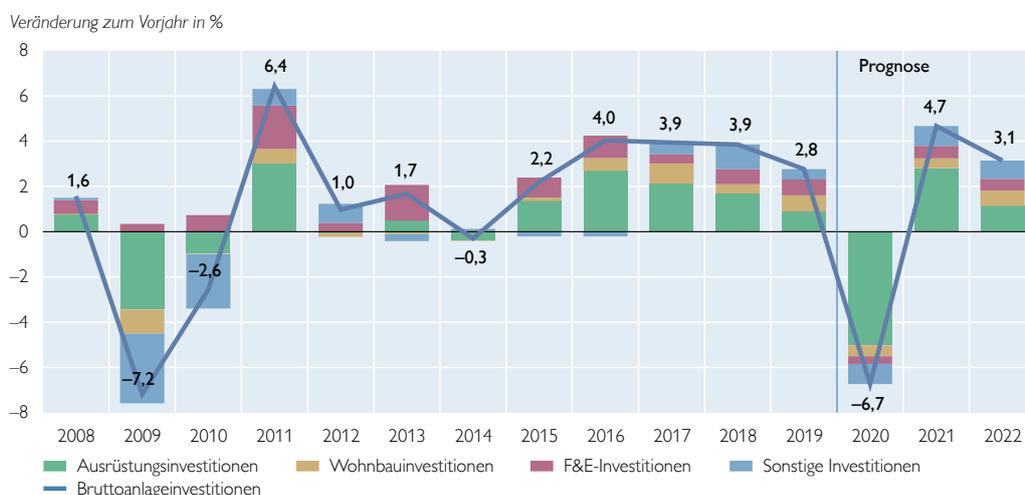
## Investitionen in Österreich

	2019	2020	2021	2022
Veränderung zum Vorjahr in %				
<b>Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)</b>	+2,8	-6,7	+4,7	+3,1
davon:				
Ausrüstungsinvestitionen	+2,6	-14,5	+8,8	+3,5
Wohnbauinvestitionen	+3,9	-2,6	+2,3	+3,6
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	+1,7	-3,4	+3,3	+3,1
Investitionen in Forschung und Entwicklung	+3,4	-1,6	+2,5	+2,4
Öffentliche Investitionen	-1,6	-1,7	+3,2	+3,1
Private Investitionen	+3,4	-7,4	+4,9	+3,2
in Prozentpunkten				
<b>Beiträge zum Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen</b>				
Ausrüstungsinvestitionen	+0,9	-5,0	+2,8	+1,1
Wohnbauinvestitionen	+0,7	-0,5	+0,4	+0,7
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	+0,5	-0,9	+0,9	+0,8
Investitionen in Forschung und Entwicklung	+0,7	-0,3	+0,5	+0,5
Öffentliche Investitionen	-0,2	-0,2	+0,4	+0,4
Private Investitionen	+3,0	-6,5	+4,3	+2,8
in % des nominellen BIP				
<b>Beiträge zum Wachstum des realen BIP</b>				
Bruttoanlageinvestitionen, insgesamt	+0,7	-1,6	+1,1	+0,8
Lagerveränderungen	+0,1	-0,9	-0,6	-0,3
Investitionsquote	24,3	24,3	24,3	24,4

Quelle: 2019: WIFO; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

Grafik 8

## Investitionswachstum und Wachstumsbeiträge



Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria.

Mit der erwarteten Erholung des Welthandels und den damit steigenden Absatzerwartungen der exportorientierten Industrie werden die Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des Jahres 2021 deutlich steigen, wobei die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen zusätzlich stützend wirken sollten und darüber hinaus auch in diesem Jahr noch Nachholeffekte spürbar sein werden. Für die Jahre 2021 und 2022 wirkt der unterstellte positive Angebotsschock (medizinische Lösung) und die damit einhergehende Aufhellung des Wirtschaftsvertrauens zusätzlich stimulierend. Während die Ausrüstungsinvestitionen ganz wesentlich von der allgemeinen Konjunkturentwicklung bestimmt werden, sind die Bauinvestitionen weit weniger konjunktur reagibel. Der Bau bleibt daher über den gesamten Prognosehorizont eine Konjunkturstütze.

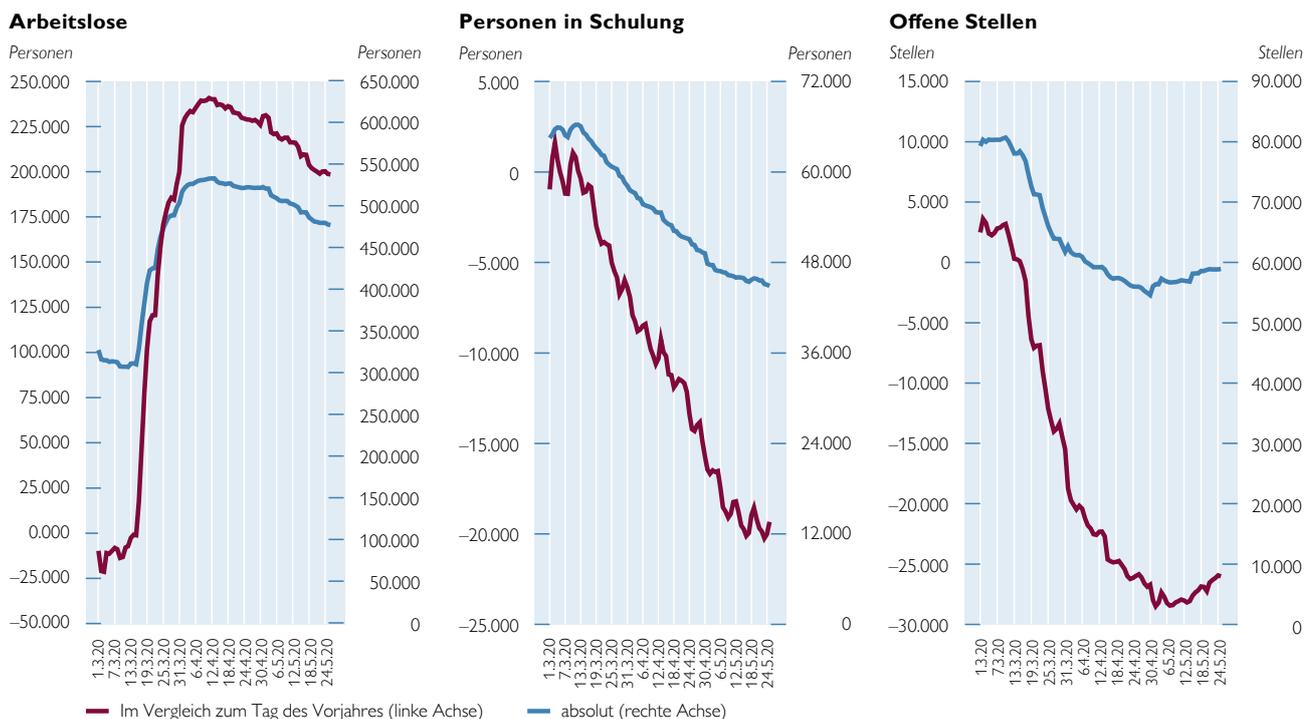
Da der BIP-Wachstumseinbruch im Jahr 2020 auch vom privaten Konsum und den Exporten getrieben wird, bleibt die Investitionsquote im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei rund 24%. Das Gleiche gilt für die Jahre 2021 bis 2022.

#### 4.4 Arbeitslosenquote trotz neuer Kurzarbeitsregelung auf Höchstwert

Die Situation auf dem österreichischen Arbeitsmarkt war vor dem Ausbruch der Krise im internationalen Vergleich sehr positiv. Seit dem Jahr 2016 stieg die Zahl der unselbstständig Beschäftigten jährlich um durchschnittlich 1,7%. Dieser Zuwachs war nicht, wie in früheren Jahren, von einem schwächeren Wachstum der Arbeitsstunden begleitet. Die durchschnittliche Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm mit 1,7% ebenso stark zu wie die Anzahl der Beschäftigten. Die

Grafik 9

### Arbeitsmarktentwicklung seit Anfang März



Quelle: AMS.

Arbeitslosenquote entwickelte sich in den letzten Jahren anhaltend rückläufig und erreichte mit 4,5 % den niedrigsten Wert seit dem Jahr 2008.

Die COVID-19-bedingte Krise führte im März 2020 zu einem sprunghaften dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Innerhalb von nur 2 ½ Wochen stieg die Zahl der Arbeitslosen von 310 Tsd auf 522 Tsd und bis Mitte April weiter auf 534 Tsd. Seit Mitte April – dem Beginn der Lockerungsmaßnahmen – ist sie im Einklang mit den Ergebnissen des OeNB-BIP-Wochenindicators, der eine langsame Abnahme der BIP-Lücke indiziert (Kapitel 4.1), ebenfalls leicht gesunken. Die Arbeitslosigkeit ist vor allem in den direkt von den Containment-Maßnahmen betroffenen Branchen, vor allem im Bereich der Beherbergung und Gastronomie, den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und dem Handel, aber auch in der Arbeitskräfteüberlassung, die sich sehr prozyklisch verhält, deutlich angestiegen. Am Bau stieg die Anzahl arbeitsloser Personen zwar zu Beginn der Krise ebenfalls deutlich, sie liegt aber wieder unter dem Wert vor Ausbruch der Krise. Im Vergleich zum Vorjahr (die Beschäftigung in der Bauwirtschaft weist ein ausgeprägtes saisonales Muster auf) ist jedoch auch in diesem Sektor die Anzahl arbeitsloser Personen deutlich gestiegen. Die AMS-Schulungen von Arbeitslosen gingen zurück, sie betragen Mitte April etwa 55.000. Die Anzahl offener Stellen ist am Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise um rund 25.000 gesunken.

Der Rückgang der Anzahl der offenen Stellen hat sich seit April aber deutlich reduziert. Die arbeitsmarktpolitische Maßnahme der Kurzarbeit, deren Ziel es ist, die Beschäftigung während der Krise zu halten (Kasten 4), spielt derzeit eine zentrale Rolle für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. In allen Sektoren ist die Anzahl der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer höher als die durch die Containment-Maßnahmen verursachte Zunahme der Arbeitslosen. Dies betrifft besonders die Industrie, den Handel und den Bau. Im Gegensatz hierzu sind im Beherbergungssektor und im Gastgewerbe die Inanspruchnahme von Kurzarbeit und der Anstieg der Arbeitslosigkeit von ähnlicher Größenordnung. Es wurden für mehr als 1,3 Mio Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Kurzarbeitsanträge gestellt. Geht man von einer durchschnittlichen Arbeitszeitreduktion von 70 % (dies stellt mit ziemlicher Sicherheit eine Obergrenze dar) aus, dann würde die implizite Beschäftigungslosigkeit durch Kurzarbeit etwa 938 Tsd Vollzeitäquivalente betragen. Zusammen mit den genannten Werten für die Arbeitslosigkeit und die Schulungsteilnehmer ergibt sich in Summe eine Beschäftigungslosigkeit von rund 1,5 Mio Personen am Höhepunkt der Krise, das sind 37 % der unselbstständigen Beschäftigung bzw. 33 % der Gesamtbeschäftigung des Vorjahrs.

Für das Gesamtjahr 2020 erwartet die OeNB einen Rückgang der Gesamtanzahl der beschäftigten Personen von 2,2 %. Dies spiegelt aber das wahre Ausmaß der Krise nicht wider. Aufgrund der Kurzarbeitsregelungen, aber auch der unterausgelasteten Produktionskapazitäten wird für das Jahr 2020 von einem Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden von 6,5 % ausgegangen. Für die Jahre 2021 und 2022 werden aufgrund der voraussichtlichen Aufholprozesse wieder überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten der geleisteten Arbeitsstunden erwartet.

Tabelle 7

## Arbeitsmarktentwicklung in Österreich

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Gesamtbeschäftigung (Personen)	+1,1	-2,2	+2,0	+1,4
Unselbstständig Beschäftigte	+1,4	-2,2	+2,2	+1,5
davon: öffentlich Beschäftigte	+0,0	+0,3	+0,1	+0,1
Selbstständig Beschäftigte	-0,7	-2,9	+0,4	+0,4
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	+1,1	-6,5	+3,9	+2,4
Unselbstständig Beschäftigte	+1,4	-6,5	+4,3	+2,6
Selbstständig Beschäftigte	-0,5	-7,0	+2,0	+1,2
Arbeitskräfteangebot	+0,7	+0,1	+1,0	+0,8
Arbeitslose	-7,1	+51,8	-13,7	-8,5
	in % des Arbeitskräfteangebots			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,5	6,8	5,8	5,3

Quelle: 2019: WIFO, Statistik Austria; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

Kasten 4

### Die Rolle der Kurzarbeit bei der Überwindung der Krise am Arbeitsmarkt<sup>12</sup>

Die Kurzarbeit ist ein in Österreich bereits seit langem etabliertes Instrument zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Anstatt dass Unternehmen bei „vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten“<sup>13</sup> einen Teil ihrer Belegschaft kündigen, wird die Arbeitszeit je Beschäftigten gleichmäßig gekürzt, und die Beschäftigten erhalten für die geleistete Arbeitszeit weiterhin ihr Entgelt vom Arbeitgeber, während der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehende Verdienstentgang vom Arbeitsmarktservice (AMS) teilweise abgegolten wird. Auf diese Weise konnten in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 im Jahresdurchschnitt etwa 26.000 Arbeitsplätze gehalten (linke Teilgrafik der Abbildung) und ein größeres Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Vor Ausbruch der COVID-19-Krise betrug der Einkommensersatz für die nicht geleistete Arbeitszeit 55 % des Nettolohns, wobei die Arbeitszeitreduktion bis zu 50 % beantragt werden konnte. Diese Kurzarbeit „alt“ wurde primär von großen Unternehmen in der Sachgütererzeugung genutzt. Da dieses Instrument für die seit Mitte März entstandene tiefe Krise am Arbeitsmarkt unzureichend erschien, hat die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern ein neues Kurzarbeitsmodell<sup>14</sup> geschaffen (im Folgenden Kurzarbeit „neu“ genannt). Nach diesem Modell werden die Beihilfen für drei Monate (mit einer Verlängerungsmöglichkeit um weitere drei Monate) gewährt. Die Arbeitszeitreduktion kann bis zu 90 % betragen, und die Beihilfensätze sind wesentlich höher (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten je nach Entgelthöhe 80, 85 oder 90 % ihres bisherigen Nettolohns). Durch ein vereinfachtes Prozedere sowie durch eine raschere Auszahlung der Beihilfen ist das Modell auch für kleinere Unternehmen und in allen Branchen attraktiv. Die letztverfügbaren Daten zeigen, dass für über 1,3 Mio Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Kurzarbeitsanträge gestellt wurden (mittlere Teilgrafik; die meisten davon in der Sachgütererzeugung, gefolgt vom Handel, dem Bauwesen und dem Gastronomie- und Beherbergungssektor).

<sup>12</sup> Autor: Alfred Stiglbauer, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, OeNB, [alfred.stiglbauer@oebn.at](mailto:alfred.stiglbauer@oebn.at).

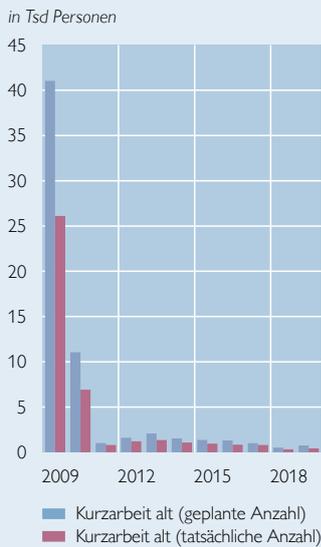
<sup>13</sup> Bundesrichtlinie „Kurzarbeitsbeihilfe / Qualifizierungsbeihilfe (KUA) und Beihilfe für Schulungskosten (SfK)“ vom 1. Mai 2016.

<sup>14</sup> Bundesrichtlinie „Kurzarbeitsbeihilfe (KUA-COVID-19)“, gültig ab 1. März 2020.

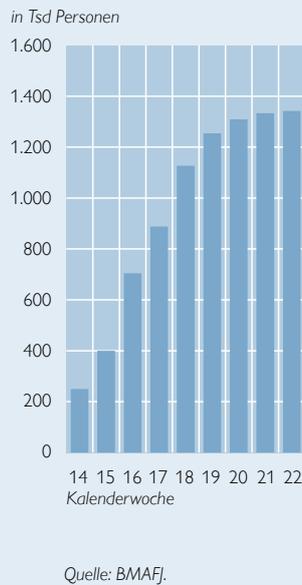
Grafik K4

### Kurzarbeit "alt" und "neu" und Auswirkungen auf die Arbeitnehmerentgelte im Prognosezeitraum

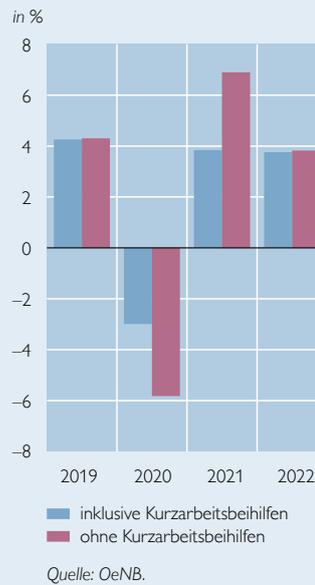
#### Kurzarbeit "alt": Betroffene Arbeitnehmer 2009–2019



#### Kurzarbeit "neu": Betroffene Arbeitnehmer (31.3–25.5 2020)



#### Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte



Über die tatsächliche Nutzung der Kurzarbeit ist wenig bekannt. Der Zeitverlauf der Anträge ist nicht aussagekräftig, weil die Anträge auch rückwirkend gestellt werden können. Auch die sich aus den Anträgen ergebende durchschnittliche Arbeitszeitreduktion um etwa 70 % erscheint hoch. Für die OeNB-Prognose mussten daher Annahmen getroffen werden: Basierend auf den Erfahrungen der Rezession 2009 (linke Teilgrafik) wird angenommen, dass das maximale Niveau der Kurzarbeit um etwa 35 % niedriger sein wird, als es den Anträgen entspricht, und dass die Kurzarbeitszahlen bis September 2020 deutlich abnehmen werden. Das Kurzarbeitsmodell „neu“ wird annahmegemäß danach auch nicht nochmals verlängert. Weiters wird angenommen, dass sich die durchschnittliche Arbeitszeitreduktion auf 50 % belaufen wird. Die OeNB-Prognose erwartet daher, dass im Jahresdurchschnitt 2020 letztendlich 214.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (107.000 in Vollzeitäquivalenten) in Kurzarbeit gewesen sein werden. Weiters wird geschätzt, dass hierfür budgetäre Kosten/Ausgaben in Höhe von etwa 5,5 Mrd EUR anfallen. Die ausbezahlten Kurzarbeitsbeihilfen zählen gemäß ESVG 2010 zu den Arbeitnehmerentgelten. Die rechte Teilgrafik zeigt, dass diese heuer im Aggregat noch stärker sinken würden, wenn man die Beihilfen herausrechnen würde.

Das Wachstum des Arbeitskräfteangebots ist in den letzten Jahren nur geringfügig zurückgegangen. Es wird von der Zuwanderung, der steigenden Erwerbsquote vor allem älterer Arbeitskräfte und der prozyklischen Reaktion des Arbeitskräfteangebots (stille Reserve) getragen. Aufgrund des deutlichen Konjunkturunbruchs im Jahr 2020 und der Prozyklizität des Arbeitskräfteangebots wird für Jahr 2020 nur mehr ein sehr geringes Wachstum von 0,1 % erwartet. In den Jahren 2021 und 2022 wird das Arbeitskräfteangebot mit 1,0 % bzw. 0,8 % etwas schwächer zunehmen als vor der COVID-19-Krise.

Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat ist, ausgehend von einem Höchststand von 6,0 % im Jahr 2016, seither laufend gesunken und betrug 4,5 % im Jahr 2019.

Für 2020 wird krisenbedingt ein Anstieg auf 6,8% erwartet. Die Arbeitslosenquote wird also deutlich höher sein als im Krisenjahr 2009 und den Jahren danach. Trotz der erwarteten konjunkturellen Erholung wird die Arbeitslosenquote in den Jahren 2021 und 2022 nur auf 5,8%, beziehungsweise 5,3% sinken. Damit wird sie etwa das Niveau des Jahres 2009 erreichen.

#### 4.5 Energiepreise und COVID-19-Krise dämpfen Inflation<sup>15</sup>

Laut jüngster OeNB-Inflationsprognose wird die HVPI-Inflationsrate 2020 und 2021 jeweils 0,8% betragen und erst im Jahr 2022 wieder auf 1,5% ansteigen.

Tabelle 8

#### Arbeitnehmerentgelte

	2019	2020	2021	2022
Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttolohnsumme <sup>1</sup>				
Nominell	+4,3	-3,1	+3,8	+3,8
Konsumdeflator	+1,7	+0,9	+0,8	+1,5
Real	+2,7	-3,9	+3,0	+2,3
Kollektivvertragslöhne <sup>1</sup>	+3,1	+2,1	+0,8	+1,9
Lohndrift	-0,1	-3,1	+0,8	+0,4
Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigtem				
Brutto <sup>2</sup> , nominell	+2,9	-1,0	+1,6	+2,3
Brutto, real	+1,3	-1,8	+0,8	+0,8
Netto <sup>3</sup> , real	+0,8	-1,7	+0,5	+0,5
Arbeitnehmerentgelt je Stunde				
Brutto, nominell	+2,9	+3,6	-0,4	+1,2
Brutto, real	+1,2	+2,8	-1,2	-0,3
in % des nominellen BIP				
Lohnquote	48,4	50,0	49,4	49,2

Quelle: 2019: WIFO, Statistik Austria; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

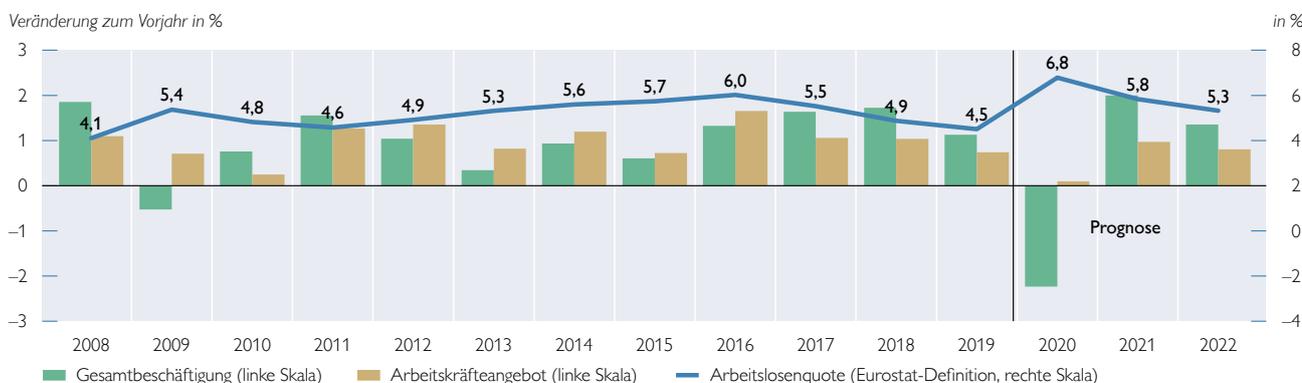
<sup>1</sup> Gesamtwirtschaft.

<sup>2</sup> Inklusive Dienstgeberbeiträge.

<sup>3</sup> Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Grafik 10

#### Arbeitsangebot, Beschäftigung und Arbeitslosenquote

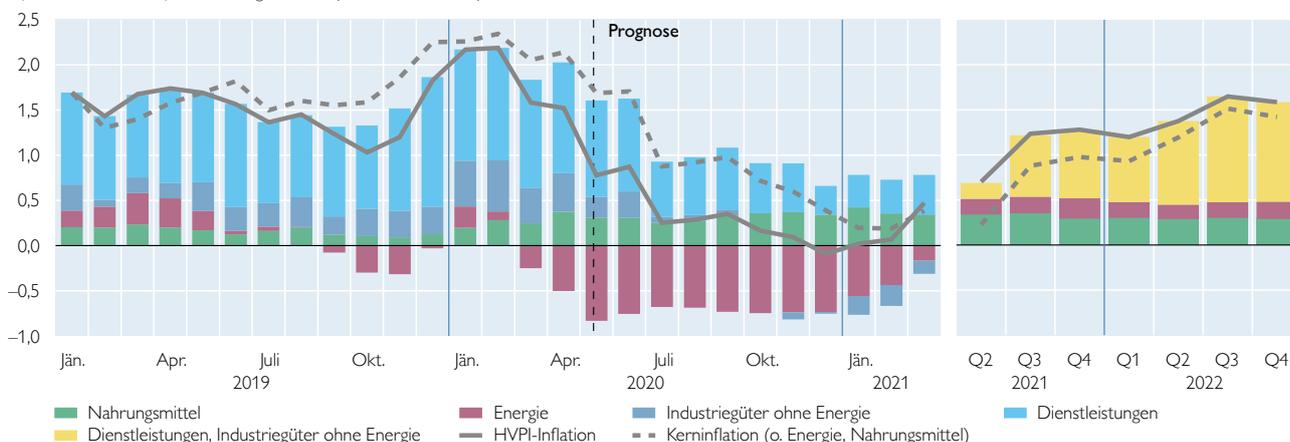


Quelle: WIFO, Statistik Austria, OeNB.

<sup>15</sup> Autor: Friedrich Fritzer, Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, [friedrich.fritzer@oenb.at](mailto:friedrich.fritzer@oenb.at).

## Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die unterjährige Entwicklung der Inflationsrate weist bis Ende des Jahres einen rapiden Rückgang auf, der von einem moderaten, aber kontinuierlichen Anstieg abgelöst wird. Bis Anfang nächsten Jahres rechnet die OeNB mit inflationsdämpfenden Effekten der Energie-Komponente des HVPI. Die COVID-19-Pandemie bewirkt einen massiven Nachfrageausfall, der sich vor allem auf die Kerninflation (Dienstleistungen und Industriegüter ohne Energie) auswirkt. Mit dem zweiten Quartal 2021 laufen die Energiepreiseffekte des seit März außergewöhnlich starken Rohölpreisverfalls aus, und die dämpfenden Inflationseffekte der COVID-19-Pandemie werden sukzessive schwächer. Bis Ende des Prognosehorizonts (viertes Quartal 2022) steigt die HVPI-Inflationsrate auf 1,6% an und liegt damit unter ihrem mehrjährigen Durchschnitt von 1,9%. Ausschlaggebend dafür ist die nach wie vor negative Produktionslücke. Die Auslastung der Produktionsfaktoren verbessert sich zwar kontinuierlich, aber auch Ende 2022 ist mit keiner Vollauslastung zu rechnen.

Die Nachfrageausfälle infolge der Eindämmungsmaßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie wirken sich vor allem bei Dienstleistungen und Industriegütern ohne Energie aus. Daher wird die ohne Energie und Nahrungsmittel gemessene Kerninflationsrate von 1,4% im Jahr 2020 auf 0,6% im Jahr 2021 fallen und im Jahr 2022 auf 1,3% ansteigen. In den Jahren 2021 und 2022 liegt die Kerninflationsrate damit unter der HVPI-Inflationsrate.

### Rückgang der Teuerung für die Kerninflationsskomponenten und Energie erwartet

Die Talfahrt der Ölpreise seit März 2020 erreichte Ende April 2020 ihren Tiefpunkt und sollte nunmehr in einen moderaten Aufwärtstrend übergehen. Ausschlaggebend dafür dürfte das Abkommen der OPEC+ sein, im Mai und Juni 2020 eine Drosselung der Ölproduktion um rund 10 Mio Barrel pro Tag vorzunehmen.<sup>16</sup> Bis Anfang nächsten Jahres wird die Inflationsrate für Energie aber noch deutlich negativ bleiben und

<sup>16</sup> Die OPEC+ (OPEC einschließlich wichtiger Nicht-OPEC-Rohölproduzenten wie Russland) hatte am 12. April 2020 eine Förderkürzung beschlossen.

erst anschließend in den positiven Bereich drehen. 2020 wird die Energiekomponente des HVPI die Inflationsrate um rund  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt dämpfen. Die Annahme niedriger Rohölpreise wirkt sich insbesondere bei Treibstoffen – die rund 46 % der Energiekomponente ausmachen – inflationsdämpfend aus. Bei Strom und Gas werden sich im Jahr 2020 vor allem die im Vorjahr vorgenommenen Preiserhöhungen dämpfend auf die Jahresinflationsrate auswirken, sofern es zu keinen weiteren Erhöhungen kommt. 2021 und 2022 liegt die Energiepreisinflationsrate wieder im positiven Bereich.

Die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie beträgt im Jahr 2020 durchschnittlich 0,7 % und sollte 2021 auf 0,1 % sinken. Ausschlaggebend dafür ist der drastische Nachfrageausfall aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Rezession. Von dieser Nachfrageschwäche sind fast alle Untergruppen im Bereich der Industriegüter ohne Energie betroffen. Deutliche Preisnachteile sind vor allem bei Bekleidung und Schuhen (rund 23 % der Industriegüter ohne Energie) zu erwarten. Die gestiegene Unsicherheit und der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit sollten zudem zu einem Aufschub der Anschaffung von dauerhaften Konsumgütern (z. B. Fahrzeugen, Möbel) führen und die Inflationsentwicklung dieser Produktgruppen dämpfen. Andererseits können die COVID-19-bedingten Maßnahmen zu einer empfindlichen Störung der heimischen und globalen Wertschöpfungsketten führen, sodass das Angebot mancher Waren knapp werden kann. Diese Produktionseinschränkungen können in den betroffenen Branchen preistreibend wirken. In der OeNB-Prognose wurde diese Möglichkeit als Aufwärtsrisiko für die Inflationsentwicklung einbezogen.

Die Inflationsrate von Dienstleistungen wird im Jahr 2020 1,8 % betragen und sollte 2021 auf 0,8 % sinken. Ausschlaggebend dafür ist in erster Linie der COVID-19-bedingte Nachfragerückgang. Rund 70 % der Dienstleistungen sind von den Nachfragerückgängen betroffen. Vor allem bei Flugdienstleistungen, Pauschalreisen sowie Hotels und Restaurants dürfte die Normalisierung der Nachfrage längere Zeit in Anspruch nehmen. Teilweise wird es durch die aufgrund der COVID-19-Pandemie notwendigen Schutzmaßnahmen (z. B. vorgeschriebener Mindestabstand, besondere Hygienevorschriften etc.) zu steigenden Kosten kommen, die aber aufgrund des massiven Nachfrageausfalls vermutlich nicht oder nicht im vollen Ausmaß weitergegeben werden.

Bei Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) wurde zuletzt – ausgehend von einem niedrigen Niveau – ein Inflationsanstieg beobachtet. Dafür sind vor allem die steigenden Preise für Agrarrohstoffe verantwortlich, die zu einem Preisauftrieb bei importierten Nahrungsmitteln sorgen. Für das Jahr 2020 wird eine Teuerungsrate von 2,0 % erwartet, gefolgt von 2,3 % sowie 2,0 % in den Jahren 2021 und 2022. Die für Herbst 2020 sowie Frühjahr 2021 und 2022 angekündigten Tabaksteueränderungen erhöhen die Inflationsrate von Nahrungsmitteln im Jahr 2021 und 2022 um jeweils 0,2 Prozentpunkte (für 2020 wirkt sich die Erhöhung lediglich im Basispunktbereich aus, da die Erhöhung erst im Oktober 2020 erfolgen wird).<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Im Rahmen der Steuerreform 2019 wurden stufenweise Tabaksteueränderungen in den Jahren 2020 bis 2022 beschlossen.

### Inflationsmessung in Zeiten der COVID-19-Krise

Die zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie angeordneten Geschäfts- und Betriebsschließungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Inflationsmessung. Viele der üblicherweise vor Ort erhobenen Preise waren aufgrund der geschlossenen Geschäfte nicht verfügbar. Zudem wurde aufgrund von Sicherheitsbedenken die Preiserhebung im April 2020 größtenteils nicht vor Ort durchgeführt. Stattdessen wurden Preise online bzw. telefonisch (z. B. bei Bekleidung, Schuhen, Sportartikeln, Möbeln) oder mittels Scannerdaten (z.B. bei Lebensmitteln, Drogeriewaren) erhoben.

Da die Preiserhebungen größtenteils jeweils in der ersten Monatshälfte durchgeführt werden, war die Berechnung der österreichischen Inflationsrate für März 2020 noch kaum durch Erhebungsprobleme beeinträchtigt. Die Inflationsrate für April 2020 unterliegt den genannten Problemen in einem beträchtlichen Ausmaß. Bei der Berechnung des österreichischen HVPI für April 2020 konnten laut Eurostat, gemessen an ihrem Gewicht im HVPI-Warenkorb, 31 % der Preise nicht oder nicht vollständig erhoben werden. Damit lag Österreich etwa im Euroraumdurchschnitt. Von Erhebungsausfällen am stärksten betroffen waren Preise für Pauschalreisen (zu 100%), Neufahrzeuge (zu 100%), Restaurants und Hotels (zu 92,7%) sowie Freizeit- und Kulturdienstleistungen (zu 89%). Die vom Erhebungsausfall betroffenen Produkte und Dienstleistungen wurden entsprechend den auf europäischer Ebene getroffenen Vereinbarungen von Statistik Austria entweder mit dem Preis des Vormonats fortgeschrieben (insbesondere bei Waren, die keinen starken Preisschwankungen unterliegen, wie z. B. Neufahrzeuge) oder es wurde, wie im Fall von saisonal stark schwankenden Preisen (z. B. Pauschalreisen), das saisonale Muster fortgeschrieben. Für den Fall, dass nicht 100% der Preise eines Aggregats ausfallen, ist es möglich, die fehlenden Preise anhand von verfügbaren Teilindizes zu ersetzen.<sup>18</sup>

Die Qualität der Preisstatistik wird aber nicht nur durch Probleme bei der Preismessung beeinträchtigt, sondern auch durch auftretende Verschiebungen der Konsumgewohnheiten. Während der Containment-Maßnahmen dürften sich der Konsum vor allem in Richtung Nahrungsmittel und Gesundheitsdienstleistungen verschoben haben, während Freizeit- und Kulturdienstleistungen, Hotel- und Gastronomiedienstleistungen sowie Treibstoffe weit weniger, als im offiziellen Warenkorb gewichtet, konsumiert worden sein dürften. Das Konzept des HVPI basiert auf konstanten Konsumgewichten innerhalb eines Kalenderjahres. Wenn sich daher die Konsumgewohnheiten im Zuge eines starken Wirtschaftsabschwungs kurzfristig ändern, wird dies durch den HVPI nicht abgebildet. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen erschweren damit die Beurteilung der Preisentwicklung erheblich.

## 5 Prognoserisiken: Alternative Szenarien für die Juni-Prognose liegen für 2020 bei einem BIP-Wachstum von rund –5% und –9%

Die vorliegende Prognose unterliegt einer hohen Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Verbreitung des Coronavirus, der Notwendigkeit und Wirksamkeit von Eindämmungsmaßnahmen und des Zeitpunkts der Verfügbarkeit eines Medikaments beziehungsweise einer Impfung. Um die Bandbreite möglicher wirtschaftlicher Auswirkungen der COVID-19-Pandemie besser erfassen zu können, wurde im Eurosystem im Rahmen der Juni-Prognose vereinbart, dass jede nationale Zentralbank zusätzlich zwei alternative Szenarien mit einem milden sowie einem starken Wachstumseinbruch für ihr Land erstellt.<sup>19</sup> Für die beiden Szenarien gelten – wie

<sup>18</sup> Siehe hierzu die methodischen Erläuterungen von Statistik Austria: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/preise/verbraucherpreisindex\\_vpi\\_hvpi/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/index.html).

<sup>19</sup> Aus Platzgründen können hier nur die wichtigsten gemeinsamen Annahmen des Eurosystems angeführt werden.

Tabelle 9

### Preise, Kosten, Produktivität und Gewinne

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %			
HVPI	+1,5	+0,8	+0,8	+1,5
HVPI Energie	+0,7	-6,9	+0,4	+2,3
HVPI ohne Energie	+1,7	+1,4	+0,6	+1,3
Deflator des privaten Konsums	+1,7	+0,9	+0,8	+1,5
Investitionsdeflator	+2,1	+0,8	+0,6	+1,3
Importdeflator	+0,6	-0,5	+0,5	+1,3
Exportdeflator	+0,4	-0,8	+0,6	+1,6
Terms of Trade	-0,2	-0,3	+0,1	+0,3
BIP-Deflator zu Faktorkosten	+1,8	+1,1	-0,2	+1,4
Tariflohnabschlüsse	+3,1	+2,1	+0,8	+1,9
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	+2,9	-1,0	+1,6	+2,3
Arbeitnehmerentgelte je Stunde	+2,9	+3,6	-0,4	+1,2
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten	+0,4	-5,1	+2,9	+1,4
Arbeitsproduktivität je Stunde	+0,4	-0,7	+1,0	+0,4
Lohnstückkosten	+2,5	+4,4	-1,3	+0,9
Gewinnspannen <sup>1</sup>	-0,8	-3,3	+1,0	+0,5

Quelle: 2019: WIFO, Statistik Austria; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

<sup>1</sup> BIP-Deflator durch Lohnstückkosten.

auch für die Prognose – gemeinsam vereinbarte Annahmen für alle Länder sowie für das jeweilige externe Umfeld. Die Umsetzung der Annahmen in den jeweiligen Szenarien erfolgt länderspezifisch individuell.

### Annahmen

Die Annahmen, die den beiden Szenarien unterliegen, unterscheiden sich von der Prognose bezüglich der epidemiologischen Entwicklung, der wirtschaftlichen Auswirkungen des Lockdowns und der Dauer der Übergangsperiode, sowie dem erwarteten Niveau des Bruttoinlandsprodukts am Ende des Prognosehorizonts und den Auswirkungen auf die langfristige Produktionskapazität (Potenzialoutput). Konkret wird im Szenario eines milden Wachstumseinbruchs angenommen, dass eine erfolgreiche Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus nach dem Lockdown aufgrund rascherer Fortschritte bei der medizinischen Behandlung zu einer schnelleren Rückkehr zur normalen Wirtschaftsaktivität führt. Die OeNB hat im milden Szenario für Österreich keine zusätzlichen länderspezifischen Annahmen getroffen. Im Gegensatz dazu wird im Szenario mit einem starken Wachstumseinbruch angenommen, dass die Eindämmung des Coronavirus weniger erfolgreich ist und daher weitere, verhältnismäßig strenge Eindämmungsmaßnahmen notwendig sein werden, wodurch es zu einer stärkeren und nachhaltigeren Dämpfung der Wirtschaftstätigkeit kommt. Die OeNB legt diesem starken Szenario die Annahme einer zweiten Infektionswelle im Herbst 2020 zugrunde, die aber aufgrund der Erfahrungen in der ersten Infektionswelle rascher und mit lokal begrenzten Lockdown-Maßnahmen eingedämmt werden kann. Daher wird unterstellt, dass die zweite Lockdown-Phase nur drei Wochen dauern und von einer ebenfalls drei Wochen dauernden Übergangsphase gefolgt wird. In beiden Phasen wird unterstellt, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen u. a. aufgrund einer lokalen Eingrenzungsstrategie nur halb so stark wie bei der ersten Infektionswelle sind. Zu-

sätzlich wird unterstellt, dass diese zweite Infektionswelle nur in Österreich auftritt und die Nachfrage nach österreichischen Exporten unverändert bleibt. Allerdings kommt es infolge des neuerlichen Ausbruchs der Infektion wieder zu angebotsseitigen Beschränkungen, die dazu führen, dass die österreichischen Exporte über diesen Zeitraum stagnieren werden.

### Prognose- und Szenarioergebnisse im Vergleich

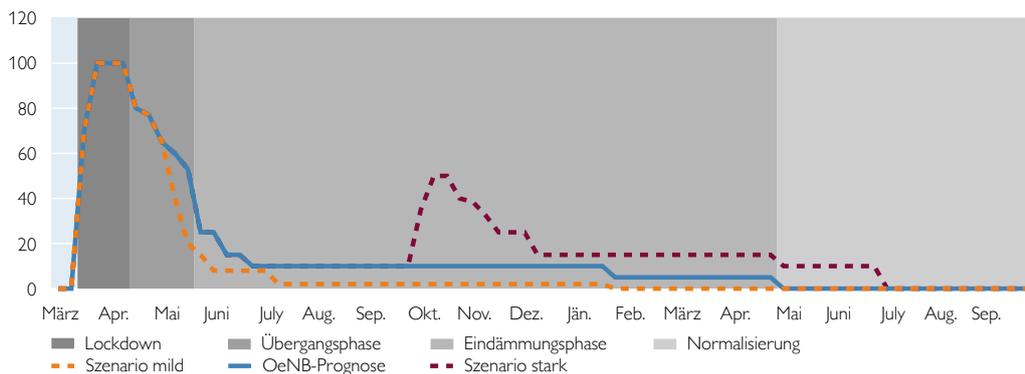
Die obere Abbildung in Grafik 12 zeigt für die OeNB-Prognose und die zwei OeNB-Szenarien stilisiert die Zeitprofile für die direkten wirtschaftlichen Verluste infolge der COVID-19-Pandemie. Die Auswirkungen sind bis Mitte Mai für die Prognose und die beiden Szenarien ident. Die direkten negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der zweiten Infektionswelle im Herbst 2020 fallen annahmegemäß („Lerneffekte“, nur in Österreich) deutlich geringer aus als jene des Lockdowns im Frühjahr.

Grafik 12

### OeNB-Prognose und zwei Szenarien

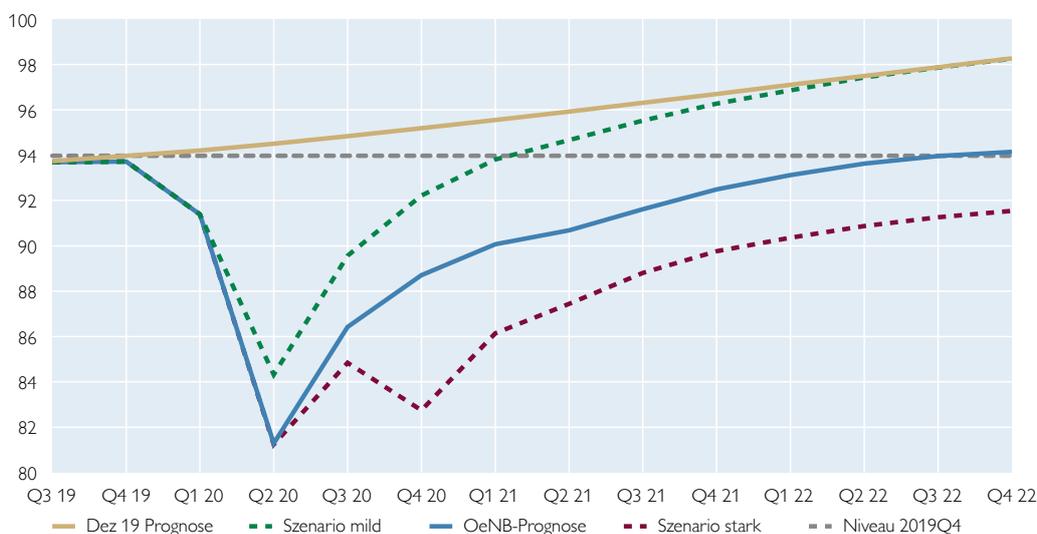
**Stilisierte Darstellung: BIP-Verluste aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen in der OeNB-Prognose und den beiden Szenarien**

in % des maximalen Lockdown-Verlusts



### Verlauf des realen BIP im Niveau

in Mrd EUR



Quelle: OeNB, eigene Darstellung.

Die untere Abbildung in Grafik 12 zeigt die Veränderung des Niveaus des BIP laut aktueller Prognose der OeNB, laut Dezemberprognose 2019 der OeNB und den beiden Szenarien. Im milden Szenario wird im Jahr 2022 das erwartete BIP (gemessen in Quartalswerten) jenes Niveau, das in der Dezemberprognose 2019 für das Jahr 2022 prognostiziert worden war, erreichen. Es dauert aber selbst in diesem Szenario bis Anfang 2021 bis die Wirtschaftsaktivität jener des Vorkrisenniveaus entspricht. Laut der aktuellen OeNB-Juni-Prognose bleibt das BIP bis Ende 2022 mehr als 4% unter dem Niveau des in der Prognose vom Dezember 2019 für 2022 erwarteten Niveaus und erreicht auch erst in diesem letzten Prognosejahr wieder das Vorkrisenniveau. Die strengeren Eindämmungsmaßnahmen im starken Szenario führen hingegen zu einem dauerhaften Outputverlust. Das BIP-Niveau bleibt demnach selbst gegen Ende des Jahres 2022 noch deutlich unter jenem Niveau, das es vor Beginn der Krise aufgewiesen hatte. Die zweite Infektionswelle führt wie schon im Frühjahr zu einem erneuten kombinierten Angebots- und Nachfrageschock, der annahmegemäß aber nur im Inland wirkt und im vierten Quartal 2020 einen erneuten BIP-Rückgang (–2,5% gegenüber dem Vorquartal) nach sich zieht. Der private Konsum (–5,1%) und die Bruttoanlageinvestitionen (–6,1%) brechen erneut ein. Das BIP-Wachstum sinkt im Jahr 2020 gegenüber der OeNB-Juniprognose um weitere zwei Prozentpunkte und insgesamt um –9,2%. Die Wirtschaft erholt sich im Jahr 2021 mit 3,5% auch deutlich langsamer, als in der vorliegenden Prognose erwartet wird (4,9%).

#### Potenzialoutput

In der OeNB-Prognose und in den beiden Szenarien geht das Wachstum des Potenzialoutputs im Jahr 2020 im Vergleich zu jenem des Jahres 2019 deutlich zurück. Während im milden Szenario 2021 bereits wieder eine Beschleunigung des Potenzialwachstums erwartet wird, verliert dieses auch in der Juni-Prognose in diesem Jahr weiter an Schwung. Im starken Szenario wird es sogar leicht negativ. 2022 erholt sich das Potenzialwachstum je nach Szenario mit unterschiedlicher Stärke, es erreicht aber nur im milden Szenario wieder jenes Ausmaß, das noch in der Dezemberprognose 2019 von der OeNB prognostiziert wurde.

#### Inflationsszenarien

Die Bandbreite der Szenarioergebnisse für die Jahresinflationsrate liegt zwischen 1,1% und 0,7% für 2020, 1,2% und 0,2% für das Jahr 2021 sowie 1,7% und 1,3% für das Jahr 2022. Nur im milden Szenario erreicht die HVPI-Inflationsrate im vierten Quartal 2022 mit 1,9% ihren langfristigen Trendwert. Der Grund hierfür ist, dass die Produktionslücke nur im milden Szenario gegen Ende des Prognosehorizonts geschlossen bzw. im positiven Bereich ist und sowohl im schweren Szenario als auch in der OeNB-Prognose die Produktionsfaktoren über den gesamten Prognosehorizont unterausgelastet bleiben. Ein weiterer Unterschied zwischen den Szenarien und der OeNB-Prognose besteht bezüglich des Zeitpunkts und des Ausmaßes des Tiefpunkts der Inflationsrate. Dabei wird im schweren Szenario die niedrigste Inflationsrate im ersten Quartal 2021 erreicht und damit später als im milden Szenario und in der OeNB-Prognose erwartet (jeweils im vierten Quartal 2020). Zudem kommt es im schweren Szenario im ersten Quartal zu einer Deflation im Ausmaß von 0,7%, während die Inflation im milden Szenario und in der OeNB-Prognose mit 0,3% sowie 0,1% über den gesamten Prognosezeitraum positiv bleibt.

## Fiskalszenarien

Die Fiskalszenarien unterscheiden sich von der Fiskalprognose aufgrund der folgenden zwei Faktoren: Zum einen ergeben sich aufgrund des Wirkens der automatischen Stabilisatoren bei unterschiedlichen Konjunkturverläufen unterschiedliche Budgetsalden. Zum anderen wird in den Szenarien eine unterschiedlich starke Ausnutzung des fiskalischen Maßnahmenpakets angenommen, um die unterschiedlichen Unterstützungsanforderungen bei verschiedenen Konjunkturverläufen abzubilden. Durch die Annahme beispielsweise geringerer (höherer) Ausgaben etwa für Kurzarbeit oder Fixkostenzuschüsse als in der Prognose ergibt sich im milden Szenario bzw. im starken Szenario ein Nutzungsvolumen der diskretionären Fiskalmaßnahmen von 3,5 % des BIP bzw. 7,0 % des BIP.

Allen Szenarien ist gemein, dass sie ein deutliches Budgetdefizit im Jahr 2020 ergeben (mildes Szenario –6,0% des BIP; starkes Szenario –11,5% des BIP), gefolgt von einer kontinuierlichen Erholung. Während allerdings im milden Szenario 2022 wieder ein nominell ausgeglichener Budgetsaldo erreicht werden wird, wird die Drei-Prozent-Defizitgrenze im starken Szenario auch im Jahr 2022 noch überschritten. Die Dynamik der Schuldenquote unterscheidet sich in den beiden Szenarien deutlich: nach einem rasanten Anstieg der Schuldenquote im Jahr 2020 kommt es im milden Szenario bereits im Jahr 2021 wieder zu einem deutlichen Rückgang. Im starken Szenario setzt die Stabilisierung der Schuldenquote erst 2022 ein, was auf die weiterhin hohen Primärdefizite zurückzuführen ist.

Tabelle 10

## Hauptergebnisse der OeNB Prognosen vom Dezember 2019 und vom Juni 2020 sowie der zwei Szenarien der Juni Prognose

	Prognose vom Dezember 2019				Szenario mild			Prognose vom Juni 2020			Szenario stark		
	2019	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>													
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>													
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,1	1,5	1,6	-4,6	6,4	2,7	-7,2	4,9	2,7	-9,2	3,5	3,4
Privater Konsum	1,3	1,3	1,3	1,4	-4,8	6,2	2,8	-5,8	6,1	2,6	-8,3	3,3	3,6
Bruttoanlageinvestitionen	2,8	1,0	1,3	1,5	-4,7	4,6	3,5	-6,7	4,7	3,1	-9,8	-1,9	3,2
Exporte	2,7	1,7	2,8	2,9	-6,1	8,5	3,7	-11,6	6,9	4,7	-12,5	5,6	4,5
Potenzialoutput	1,5	1,6	1,6	1,5	0,8	1,0	1,6	0,6	0,2	1,0	0,2	-0,1	0,8
<b>Arbeitsmarkt</b>													
Unselbständig Beschäftigte	1,4	0,9	0,9	1,0	-1,5	2,6	1,4	-2,2	2,2	1,5	-2,7	1,5	1,6
Arbeitsstunden	1,4	0,7	1,0	1,1	-4,1	4,3	2,3	-6,5	4,3	2,6	-8,2	3,0	2,9
Arbeitslosenquote (in %)	4,5	4,7	4,8	4,7	6,3	5,1	4,7	6,8	5,8	5,3	7,3	6,6	5,9
<b>Preise</b>													
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,5	1,4	1,5	1,6	1,1	1,2	1,7	0,8	0,8	1,5	0,7	0,2	1,3
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	1,7	1,7	1,5	1,7	1,6	0,9	1,6	1,4	0,6	1,3	1,1	-0,3	1,0
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	2,5	1,7	1,2	1,5	3,7	-1,5	1,3	4,4	-1,3	0,9	5,6	-1,2	0,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	2,9	2,1	2,1	2,3	0,5	2,4	2,7	-1,0	1,6	2,3	-1,4	1,0	2,0
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde	2,9	2,3	2,0	2,2	3,2	0,7	1,8	3,6	-0,4	1,2	4,6	-0,5	0,6
<i>in % des nominellen BIP</i>													
<b>Öffentliche Finanzen</b>													
Budgetsaldo	0,7	0,2	0,2	0,6	-6,0	-1,7	0,0	-8,9	-3,9	-1,5	-11,5	-6,6	-3,3
Schuldenstand	70,4	68,2	66,0	63,4	78,8	74,8	71,4	84,4	83,7	81,4	88,9	93,5	92,2

Quelle: OeNB.

Tabelle 11

### Vergleich der OeNB-Prognosen vom Juni 2020 und Dezember 2019

	Realisiert	Juni 2020			Revisionen seit Dezember 2019		
		2020	2021	2022	2020	2021	2022
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>							
Veränderung zum Vorjahr in % (real)							
Bruttoinlandsprodukt	+1,5	-7,2	+4,9	+2,7	-8,3	+3,4	+1,1
Privater Konsum	+1,3	-5,8	+6,1	+2,6	-7,1	+4,8	+1,2
Öffentlicher Konsum	+0,7	+1,2	+1,6	+0,8	-0,3	+0,6	-0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+2,8	-6,7	+4,7	+3,1	-7,8	+3,4	+1,6
Exporte insgesamt	+2,7	-11,6	+6,9	+4,7	-12,9	+4,1	+1,8
Importe insgesamt	+2,7	-8,9	+5,7	+3,7	-10,3	+3,3	+1,2
Leistungsbilanzsaldo	+2,6	+1,5	+2,2	+2,3	-0,9	-0,3	-0,6
<b>Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP<sup>1</sup></b>							
Privater Konsum	+0,4	-2,2	+2,2	+1,0	-2,6	+1,8	+0,5
Öffentlicher Konsum	+0,1	+0,2	+0,3	+0,1	+0,0	+0,1	-0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+0,4	-0,8	+0,5	+0,4	-1,0	+0,3	+0,2
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	+0,9	-2,8	+3,0	+1,5	-3,6	+2,3	+0,6
Exporte	+0,7	-3,7	+1,9	+1,3	-4,0	+1,2	+0,5
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	-0,1	-0,3	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1
<b>Preise</b>							
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+1,5	+0,8	+0,8	+1,5	-0,6	-0,7	-0,1
Deflator des privaten Konsums	+1,7	+0,9	+0,8	+1,5	-0,6	-0,7	-0,1
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+1,7	+1,3	+0,1	+1,4	-0,2	-1,4	-0,3
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+2,5	+4,4	-1,3	+0,9	+2,7	-2,5	-0,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+2,9	-1,0	+1,6	+2,3	-3,1	-0,5	+0,0
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	+2,9	+3,6	-0,4	+1,2	+1,4	-2,4	-1,0
Importpreise	+0,6	-0,5	+0,5	+1,3	-1,7	-1,3	-0,4
Exportpreise	+0,4	-0,8	+0,6	+1,6	-2,0	-1,2	-0,2
Terms of Trade	-0,2	-0,3	+0,1	+0,3	-0,2	+0,1	+0,2
<b>Einkommen und Sparen</b>							
Real verfügbares Haushaltseinkommen	+2,2	-0,4	-0,4	+2,4	-2,0	-1,7	+1,1
in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens							
Sparquote	8,3	13,4	7,7	7,4	+5,6	-0,1	-0,3
<b>Arbeitsmarkt</b>							
Veränderung zum Vorjahr in %							
Unselbstständig Beschäftigte	+1,4	-2,2	+2,2	+1,5	-3,1	+1,3	+0,5
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	+1,4	-6,5	+4,3	+2,6	-7,2	+3,3	+1,5
in % des Arbeitskräfteangebots							
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,5	6,8	5,8	5,3	+2,1	+1,0	+0,6
<b>Budget</b>							
in % des nominellen BIP							
Budgetsaldo (Maastricht)	+0,7	-8,9	-3,9	-1,5	-9,1	-4,1	-2,1
Staatsverschuldung	70,4	84,4	83,7	81,4	+16,2	+17,7	+18,0

Quelle: 2019 (realisiert): WIFO, Statistik Austria, OeNB; OeNB-Prognosen vom Juni 2020 und Dezember 2019.

<sup>1</sup> Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

## Tabellenanhang: Detaillierte Ergebnisse

Tabelle 12

### Nachfragekomponenten (real)

Verkettete Volumenangaben (Referenzjahr = 2015)

	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
	in Mio EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	191.601	180.498	191.482	196.544	+1,3	-5,8	+6,1	+2,6
Öffentlicher Konsum	71.075	71.934	73.089	73.638	+0,7	+1,2	+1,6	+0,8
Bruttoanlageinvestitionen	90.139	84.068	87.996	90.767	+2,8	-6,7	+4,7	+3,1
davon: Ausrüstungsinvestitionen	31.184	26.654	29.011	30.015	+2,6	-14,5	+8,8	+3,5
Wohnbauinvestitionen	16.770	16.335	16.707	17.302	+3,9	-2,6	+2,3	+3,6
Investitionen in Nicht-Wohnbauten und sonstige Investitionen	23.416	22.612	23.349	24.066	+1,7	-3,4	+3,3	+3,1
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	4.890	1.553	-345	-1.300	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	357.705	338.053	352.221	359.648	1,5	-5,5	4,2	2,1
Exporte insgesamt	215.312	190.416	203.565	213.118	+2,7	-11,6	+6,9	+4,7
Importe insgesamt	198.305	180.671	190.922	197.917	+2,7	-8,9	+5,7	+3,7
Nettoexporte	17.008	9.745	12.643	15.201	x	x	x	x
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>374.713</b>	<b>347.798</b>	<b>364.864</b>	<b>374.849</b>	<b>+1,5</b>	<b>-7,2</b>	<b>+4,9</b>	<b>+2,7</b>

Quelle: 2019: Eurostat; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

Tabelle 13

### Nachfragekomponenten (laufende Preise)

	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
	in Mio EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	205.671	195.425	209.080	217.760	+2,9	-5,0	+7,0	+4,2
Öffentlicher Konsum	76.788	80.549	80.636	81.879	+3,1	+4,9	+0,1	+1,5
Bruttoanlageinvestitionen	96.730	90.949	95.787	100.081	+4,9	-6,0	+5,3	+4,5
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	4.534	639	-1.904	-2.998	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	383.724	367.563	383.598	396.722	+3,4	-4,2	+4,4	+3,4
Exporte insgesamt	221.939	194.774	209.333	222.620	+3,1	-12,2	+7,5	+6,3
Importe insgesamt	207.104	187.797	199.445	209.413	+3,3	-9,3	+6,2	+5,0
Nettoexporte	14.835	6.978	9.888	13.207	x	x	x	x
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>398.559</b>	<b>374.541</b>	<b>393.486</b>	<b>409.929</b>	<b>+3,3</b>	<b>-6,0</b>	<b>+5,1</b>	<b>+4,2</b>

Quelle: 2019: Eurostat; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

Tabelle 14

### Nachfragekomponenten (Deflatoren)

	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
	2010 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	107,3	108,3	109,2	110,8	+1,7	+0,9	+0,8	+1,5
Öffentlicher Konsum	108,0	112,0	110,3	111,2	+2,4	+3,6	-1,5	+0,8
Bruttoanlageinvestitionen	107,3	108,2	108,9	110,3	+2,1	+0,8	+0,6	+1,3
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderungen)	107,5	109,0	109,3	110,7	+1,9	+1,5	+0,3	+1,3
Exporte insgesamt	103,1	102,2	102,8	104,5	+0,4	-0,8	+0,6	+1,6
Importe insgesamt	104,4	103,9	104,5	105,8	+0,6	-0,5	+0,5	+1,3
Terms of Trade	98,7	98,4	98,4	98,7	-0,2	-0,3	+0,1	+0,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>106,4</b>	<b>107,7</b>	<b>107,8</b>	<b>109,4</b>	<b>+1,7</b>	<b>+1,3</b>	<b>+0,1</b>	<b>+1,4</b>

Quelle: 2019: Eurostat; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

Tabelle 15

## Arbeitsmarkt

	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
	<i>in Tsd</i>				<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Erwerbstätige insgesamt	4.540,5	4.439,1	4.527,9	4.589,3	+1,1	-2,2	+2,0	+1,4
davon: Privater Sektor	3.788,5	3.684,6	3.772,7	3.833,4	+1,4	-2,7	+2,4	+1,6
Unselbstständig Beschäftigte gemäß VGR	4.000,1	3.914,1	4.001,0	4.060,2	+1,4	-2,2	+2,2	+1,5
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>							
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,5	6,8	5,8	5,3	x	x	x	x
	<i>in EUR je realer Output-Einheit x 100</i>							
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft <sup>1</sup>	58,5	61,0	60,3	60,8	+2,5	+4,4	-1,3	+0,9
	<i>in Tsd EUR je Beschäftigten</i>							
Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft <sup>2</sup>	82,5	78,3	80,6	81,7	+0,4	-5,1	+2,9	+1,4
	<i>in Tsd EUR</i>							
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, real <sup>3</sup>	45,0	44,1	44,5	44,8	+1,2	-1,8	+0,8	+0,8
	<i>zu laufenden Preisen in Tsd EUR</i>							
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, brutto	48,3	47,8	48,6	49,7	+2,9	-1,0	+1,6	+2,3
	<i>zu laufenden Preisen in Mio EUR</i>							
Arbeitnehmerentgelt insgesamt, brutto	193.071	187.141	194.343	201.734	+4,3	-3,1	+3,8	+3,8

Quelle: 2019: OeNB; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

<sup>1</sup> Bruttolohnsumme durch reales BIP.

<sup>2</sup> Reales BIP durch Gesamtbeschäftigung.

<sup>3</sup> Bruttolohnsumme je Arbeitnehmer durch Konsumdeflator.

Tabelle 16

## Leistungsbilanz

	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
	<i>in Mio EUR</i>				<i>in % des nominellen BIP</i>			
<b>Handelsbilanz</b>	14.160,0	8.640,9	11.679,7	12.858,9	3,6	2,3	3,0	3,1
Güterbilanz	3.784,0	-489,2	1.357,5	2.697,1	0,9	-0,1	0,3	0,7
Dienstleistungsbilanz	10.376,0	9.130,1	10.322,3	10.161,9	2,6	2,4	2,6	2,5
<b>Einkommensbilanz</b>	-199,0	-296,1	-303,3	-303,3	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
<b>Transferbilanz</b>	-3.502,0	-2.672,7	-2.907,1	-3.041,8	-0,9	-0,7	-0,7	-0,7
<b>Leistungsbilanz</b>	10.459,0	5.672,0	8.469,3	9.513,8	2,6	1,5	2,2	2,3

Quelle: 2019: OeNB; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.

Tabelle 17

## Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse

	2020	2021	2022	2020				2021				2022			
				Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
<b>Preise, Löhne, Kosten</b>															
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>														
HVPI	+0,8	+0,8	+1,5	+2,0	+1,1	+0,3	+0,1	+0,2	+0,7	+1,2	+1,3	+1,2	+1,4	+1,6	+1,6
HVPI ohne Energie	+1,4	+0,6	+1,3	+2,2	+1,8	+0,9	+0,6	+0,3	+0,2	+0,9	+1,0	+0,9	+1,2	+1,5	+1,4
Deflator des privaten Konsums	+0,9	+0,8	+1,5	+1,7	+1,3	+0,5	+0,1	+0,0	+0,4	+1,3	+1,7	+1,7	+1,5	+1,4	+1,3
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	+0,8	+0,6	+1,3	+1,6	+1,1	+0,5	+0,0	+0,0	+0,4	+0,9	+1,2	+1,3	+1,3	+1,3	+1,2
BIP-Deflator	+1,3	+0,1	+1,4	+1,5	+2,3	+0,8	+0,4	+0,0	-0,9	+0,5	+0,9	+1,3	+1,5	+1,4	+1,4
Lohnstückkosten	+4,4	-1,3	+0,9	+4,4	+6,1	+4,2	+2,8	+0,6	-2,0	-1,7	-1,9	-1,3	-0,3	+1,7	+3,7
Löhne pro Beschäftigten, nominell	-1,0	+1,6	+2,3	+1,5	-4,2	-0,9	-0,3	+0,4	+5,4	+1,1	-0,2	+0,2	+1,5	+3,1	+4,4
Produktivität	-5,1	+2,9	+1,4	-2,8	-9,7	-4,9	-3,0	-0,2	+7,6	+2,8	+1,7	+1,5	+1,8	+1,4	+0,7
Löhne pro Beschäftigten, real	-1,8	+0,8	+0,8	-0,1	-5,4	-1,4	-0,3	+0,4	+5,0	-0,3	-1,9	-1,5	+0,0	+1,7	+3,0
Importdeflator	-0,5	+0,5	+1,3	+0,0	-0,8	-0,4	-0,6	-0,4	+0,5	+0,8	+1,1	+1,2	+1,2	+1,3	+1,4
Exportdeflator	-0,8	+0,6	+1,6	+0,5	-1,5	-1,3	-1,0	-1,4	+0,7	+1,4	+1,5	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6
Terms of Trade	-0,3	+0,1	+0,3	+0,6	-0,6	-0,8	-0,4	-0,9	+0,2	+0,6	+0,4	+0,4	+0,4	+0,2	+0,2
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>															
	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>														
BIP	-7,2	+4,9	+2,7	-2,5	-11,1	+6,3	+2,6	+1,5	+0,7	+1,0	+1,0	+0,7	+0,5	+0,4	+0,2
Privater Konsum	-5,8	+6,1	+2,6	-3,1	-10,2	+8,5	+3,0	+1,5	+0,5	+0,7	+0,8	+0,7	+0,6	+0,5	+0,4
Öffentlicher Konsum	+1,2	+1,6	+0,8	+0,6	-0,2	+0,2	+0,3	+0,5	+0,6	+0,5	+0,3	+0,1	+0,0	+0,0	+0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-6,7	+4,7	+3,1	-0,9	-12,0	+5,3	+3,7	+1,7	+0,4	+0,8	+0,9	+0,8	+0,8	+0,7	+0,7
Exporte	-11,6	+6,9	+4,7	-1,8	-17,2	+6,4	+3,7	+3,0	+2,2	+1,8	+1,3	+1,0	+0,9	+0,7	+0,6
Importe	-8,9	+5,7	+3,7	-2,3	-12,6	+7,0	+3,5	+1,8	+0,8	+0,9	+1,0	+0,9	+0,9	+0,9	+0,9
<i>Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten</i>															
Inlandsnachfrage	-4,4	+4,6	+2,3	-1,7	-8,2	+5,7	+2,5	+1,3	+0,5	+0,7	+0,7	+0,6	+0,5	+0,4	+0,4
Nettoexporte	-1,9	+0,8	+0,7	+0,2	-3,3	-0,2	+0,1	+0,7	+0,8	+0,6	+0,2	+0,1	+0,0	-0,1	-0,1
Lagerveränderungen	-0,9	-0,5	-0,3	-1,0	+0,4	+0,8	+0,0	-0,4	-0,6	-0,2	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
<b>Arbeitsmarkt</b>															
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>														
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,8	5,8	5,3	4,6	8,5	7,4	6,7	6,1	5,9	5,7	5,7	5,6	5,5	5,3	5,0
	<i>Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>														
Gesamtbeschäftigung	-2,2	+2,0	+1,4	-0,2	-4,1	+1,1	+0,9	+1,0	+0,7	+0,5	+0,3	+0,3	+0,2	+0,3	+0,3
davon: Privater Sektor	-2,7	+2,4	+1,6	-0,3	-5,0	+1,3	+1,1	+1,2	+0,8	+0,6	+0,4	+0,3	+0,3	+0,3	+0,4
Unselbstständig Beschäftigte	-2,2	+2,2	+1,5	-0,4	-3,9	+1,2	+1,0	+1,0	+0,7	+0,6	+0,4	+0,3	+0,3	+0,3	+0,3
<b>Zusätzliche Variablen</b>															
	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>														
Verfügbares Haushaltseinkommen	-0,4	-0,4	+2,4	-1,2	-4,5	+4,3	+0,5	-0,5	-1,0	-0,9	+0,1	+1,2	+1,3	+1,1	+1,1
	<i>in % des realen BIP</i>														
Output-Gap	-7,5	-3,2	-1,5	-2,8	-13,6	-8,1	-5,7	-4,2	-3,6	-2,8	-2,1	-1,7	-1,4	-1,3	-1,5

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2020. Quartalswerte saison- und arbeitstägig bereinigt.

## Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

	OeNB			WIFO		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2020			April 2020		April 2020		Mai 2020	
	2020	2021	2022	2020	2021	2020	2021	2019	2020
<b>Hauptergebnisse</b>									
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
BIP (real)	-7,2	+4,9	+2,7	-5,2	+3,5	-7,0	+4,5	-5,5	+5,0
Privater Konsum (real)	-5,8	+6,1	+2,6	-2,9	+3,1	x	x	-4,8	+4,9
Öffentlicher Konsum (real)	+1,2	+1,6	+0,8	+5,3	-1,0	x	x	+3,0	+0,1
Bruttoanlageinvestitionen (real)	-6,7	+4,7	+3,1	-8,7	+4,5	x	x	-9,5	+6,9
Exporte (real)	-11,6	+6,9	+4,7	-12,0	+8,8	x	x	-12,5	+10,3
Importe (real)	-8,9	+5,7	+3,7	-9,7	+6,9	x	x	-10,8	+9,0
BIP je Erwerbstätigen <sup>1</sup>	-5,1	+2,9	+1,4	-3,6	+2,4	x	x	-4,2	+3,6
BIP-Deflator	+1,3	-0,1	+1,3	+1,2	+0,6	x	x	+1,2	+1,1
VPI	x	x	x	+0,9	+1,3	x	x	x	x
HVPI	+0,8	+0,8	+1,5	x	x	+0,4	+1,7	+1,1	+1,5
Lohnstückkosten	+4,4	-1,3	+0,9	+2,3	+2,4	x	x	+5,1	-2,3
Beschäftigte	-2,2	+2,2	+1,5	-1,7	+1,4	x	x	-1,4	+1,4
<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>									
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,8	5,8	5,3	5,5	5,0	5,5	5,0	5,8	4,9
<i>in % des nominellen BIP</i>									
Leistungsbilanz	1,5	2,2	2,3	x	x	1,9	2,0	0,9	1,6
Budgetsaldo (Maastricht)	-8,9	-3,9	-1,5	-7,4	-3,3	-7,1	-1,6	-6,1	-1,9
<b>Prognoseannahmen</b>									
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	36,0	37,2	40,7	40,0	45,0	35,6	37,9	38,4	40,2
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,4	-0,4	-0,4	x	x	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4
USD/EUR-Wechselkurs	1,09	1,08	1,08	1,12	1,12	1,12	1,13	1,10	1,10
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
BIP real, Euroraum	-8,7	+5,2	+3,3	-6,1	+2,9	-7,5	+4,7	-7,7	+6,3
BIP real, USA	-6,4	+3,6	+2,1	-5,2	+5,1	-5,9	+4,7	-6,5	+4,9
BIP real, Welt	-4,5	+6,0	+3,8	x	x	-3,0	+5,8	-3,5	+5,2
Welthandel	-12,7	+7,9	+4,5	x	x	-11,0	+8,4	-11,0	+7,5

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission.

<sup>1</sup> WIFO: Stundenproduktivität.